

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

A. Leitantrag an den 12. Landesparteitag

A.1. DIE LINKE 2015 – wo wir stehen und worauf wir aufbauen können

Beschluss des 12. Landesparteitages am 12. – 13. September 2015 in Neukieritzsch

0. Einleitung

Das Abschneiden der LINKEN bei Wahlen auf Landes- und Bundesebene war zwischen 2009 und 2014 in ganz Deutschland nahezu durchgehend von einem Absinken unserer Wahlergebnisse gekennzeichnet.

Das Spektrum dieser Entwicklung reichte dabei in diesem Zeitraum in den Ländern von einem relativem Anstieg bei gleichzeitigem absolutem Stimmenverlust in Thüringen bis hin zum Absinken unserer Ergebnisse über die Halbierung hinaus zum Beispiel in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Auf Bundesebene erreichten wir nur noch drei Viertel unserer Wähler_innen. Die Wahlen 2015 in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit dem Anwachsen der Ergebnisse der LINKEN sind ein Hoffnungszeichen.

Die Zahl der Mitglieder in unserer Partei sank im Zeitraum 2009 - 2014 von 78 Tausend auf ca. 60 Tausend, diese Tendenz zeigt sich bundesweit in allen Landesverbänden.

Deshalb wird seit den vergangenen Wahlen auf Landes- und Bundesebene 2013/14 in unserer Partei intensiv über die Ausrichtung unserer Partei diskutiert. Dabei werden vor allem Fragen debattiert, wie und mit welcher Schwerpunktsetzung wir unser politisches Profil als linke Partei gesellschaftlich wirksam vertreten und welche innerparteilichen Veränderungen für erfolgreiches politisches Handeln notwendig sind.

Ausdruck und (Zwischen-)Ergebnis dieser Diskussionen ist vor allem die auf das Wahljahr 2017 und darüber hinaus orientierte Kampagne der Bundespartei „Das muss drin sein!“, mit der prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen thematisiert und bekämpft werden sollen. Diese Kampagne bietet für die weitere Arbeit des Landesverbandes Sachsen eine wesentliche Grundlage.

Einen weiteren wichtigen Meilenstein bei der strategischen Neuaufstellung unserer Partei DIE LINKE bilden die Diskussionen und Anregungen, die auf der „Woche der Zukunft“ der Bundesebene stattgefunden haben. Die Vielfalt und teilweise auch Gegensätzlichkeit einiger Ergebnisse und Vorschläge entspricht dem Charakter unserer Partei als Mosaik verschiedener linker Ansätze und Konzepte, der bewahrt werden muss. Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben mit ihrem Manifest „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0. Zu den Aufgaben und Möglichkeiten einer Partei der Zukunft im Europa von Morgen“ wichtige Orientierungen für die weitere Arbeit gegeben.

Seit den Bundes- und Landtagswahlen diskutiert die gesamte LINKE über ihre Weiterentwicklung sowie über programmatische und strategische Fragen. In Sachsen wird diese Diskussion intensiv, offen und unter breiter Mitwirkung der Mitgliedschaft geführt.

Diese Debatten- und Beteiligungskultur ist zu einem bewahrenswerten Markenzeichen unseres Landesverbandes geworden. Eine Schwierigkeit stellt jedoch die zum Teil geringe Beteiligung an einzelnen Diskussionsangeboten dar. Wir müssen uns als schrumpfende Partei die schwierige Frage stellen, wie in Zukunft unsere Mitgliedschaft Debatten so führen kann, dass möglichst viele teilhaben können.

In diesem Text werden die wesentlichen Ergebnisse dieser kontroversen Debatten, die auf mehreren Regionalkonferenzen, gemeinsamer Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand, auf zwei Strategiekonferenzen, in zahlreichen Kreis- und Ortsverbänden sowie Zusammen-

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

schlüssen geführt wurden und die in zahlreichen schriftlichen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck kommt als Grundlage der weiteren Arbeit aufbereitet. Damit wird der strategische Rahmen für die bevorstehenden Jahre gegeben und dem Wunsch Rechnung getragen, uns über unsere gemeinsame strategische Ausrichtung und unsere gemeinsamen Handlungsfelder zu verständigen. Der Landesvorstand wird beauftragt, auf Grundlage dieses Beschlusses sein Arbeitsprogramm zu erstellen.

1. Grundlagen

Als sozialistische Partei streben wir nach sozialer Sicherheit, sozialem Zusammenhalt und sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen. Dies ist für uns kein Selbstzweck. Schon Marx definierte das Ziel des Sozialismus als Assoziation freier Menschen, in der „die Freiheit des einzelnen zur Grundbedingung der Freiheit aller“ sei. Unser Einsatz für das Soziale in der Gesellschaft zielt deshalb darauf ab, die freie Entfaltung eines jeden Menschen frei von Zwängen und Abhängigkeiten zu ermöglichen. Dem Leitansatz der Freiheit trägt deshalb auch DIE LINKE in ihrer Programmatik Rechnung.

1.1. Erfurter Programm

Die wichtigste Grundlage für alle Strategien unserer Partei bildet das Erfurter Programm. Davon ausgehend steht DIE LINKE:

„für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung

- *für einen sozial-ökologischen Umbau*
- *für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit*
- *für eine inklusive Gesellschaft*
- *für eine gerechte Verteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern*
- *für ein Leben in sozialer Sicherheit*
- *für eine armutsfeste solidarische Rente für alle*
- *für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege*
- *für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis zur Weiterbildung*
- *für kulturelle Vielfalt und die Teilhabe aller am kulturellen Reichtum der Gesellschaft, für kulturelle Bildung von Anfang an*
- *für ein gerechtes Steuersystem*
- *für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit*
- *für die Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung*
- *für einen Neustart der Europäischen Union*
- *für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg*
- *für internationale Solidarität und Kooperation zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen“*

Diese 16 wichtigsten Ziele der LINKEN sind in der Präambel des Erfurter Programms zusammengefasst und richten linke Politik auch unterhalb der Bundesebene aus. Diese 16 Ziele wiederum werden von drei programmatischen Grundideen geprägt:

- *„Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede_n durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.*
- *Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.*

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

- *Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.*

1.2. Die Kampagne „Das muss drin sein“

Mit der Kampagne "Das muss drin sein" hat sich DIE LINKE viel vorgenommen: prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen sollen thematisiert und bekämpft werden.

10 Jahre nach der Agenda 2010 feiert die Bundesregierung die angeblichen "Erfolge". Aber wie sehen die aus? 25 % der Beschäftigten arbeiten in prekären Jobs, oft zu Niedriglöhnen! Ein Drittel der Bevölkerung wird in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt. Beides trifft in erster Linie Frauen: Drei Viertel der in Sachsen im Niedriglohnsektor Beschäftigten sind Frauen, schlecht bezahlte Arbeitsplätze, ungewollte Teilzeit und unbezahlte Hausarbeit wird ebenfalls zu überwältigender Mehrheit von Frauen verrichtet.

Prekär heißt "unsicher" und "unplanbar". Für Viele ist das inzwischen ganz normal geworden: mit dem Lohn nicht über die Runden zu kommen, auch weil Miete, Energieversorgung und das Leben insgesamt immer teurer werden. Wer neu ins Berufsleben einsteigt, landet in Schleifen befristeter Verträge oder in Werkverträgen ohne Sozialversicherung. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit und in Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Ob auf der Suche nach Arbeit, dem nächsten Projekt oder weil die Arbeit nicht enden will: die Zeit für Freund_innen, für die Familie wird weniger. Wer sich un- oder unterbezahlt um Kinder, Kranke oder pflegebedürftige Menschen kümmert, gerät schnell an die Belastungsgrenzen. Vor allem Frauen sind im Bereich der Erziehungs-, Pflege- und Hausarbeit tätig. Diese wird im Vergleich zur Erwerbsarbeit nicht entlohnt, demzufolge kaum bzw. nicht gewürdigt oder wertgeschätzt.

Besonders die Folgen des politisch erzeugten Kostendrucks und Personalmangels in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen belasten viele Menschen. In einem reichen Land werden immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt, ihnen wird der gleiche Zugang zu guter Arbeit, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung versperrt. Erwerbslose werden durch die Sanktionen der Jobcenter gegängelt. Menschen mit Behinderungen arbeiten in Werkstätten für Niedriglöhne - für sie gilt der Mindestlohn nicht! Besonders prekär ist auch die Situation von Flüchtlingen, die um ihr Bleiberecht kämpfen müssen.

Soziale Sicherheit ist für uns kein Selbstzweck. Sie ist der notwendige Rahmen für ein Leben in Menschenwürde und zur freien Entfaltung eines jeden Menschen. Ausgehend von der Grundidee des Erfurter Programmes, für gesellschaftliche Verhältnisse zu kämpfen, in denen „individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe möglich sind, setzen wir uns für die Interessen all jener ein, die immer weniger Anteil am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum haben.

Das prekäre Leben hat viele Gesichter - gemeinsam haben viele Menschen, dass der Alltag immer mehr zu einer Zumutung wird und sich die Zukunft immer weniger planen lässt! Es sind die persönlichen Erfahrungen vieler Menschen, deshalb ist es ein gesellschaftliches Problem: Prekarität ist längst fester Bestandteil des flexiblen Kapitalismus geworden. Wenn die Bundesregierung vom deutschen Erfolgsmodell spricht, dann sind damit auch prekäre Jobs und die unsoziale Kürzungspolitik gemeint!

Wir wollen diese Zumutungen des prekären Arbeitens und Lebens nicht einfach hinnehmen, wir wollen uns gemeinsam wehren! Wir wollen eintreten für einen barrierefreien und inklusiven Arbeitsmarkt, barrierefreien sozialen Wohnraum, barrierefreie Gesundheitsversorgung und inklusive Bildung. Das und das ist unsere Überzeugung kommt am Ende allen Menschen zugute. Inklusion geht uns alle an und wir alle profitieren von einer Gesellschaft, in der individuelle Bedürfnisse geachtet werden und Vielfalt wertvoll ist. Die Kampagne ‚Das muss drin sein!‘ sachsenspezifisch zu realisieren, ist eine wesentliche Aufgabe unseres Landesverbandes auf allen Ebenen in den kommenden Jahren.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

1.3. Manifest „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“

Für die kommende Demokratie, für den Einstieg in den Ausstieg aus dem Krisenkapitalismus sind in diesem Sinne mindestens die folgenden aufgeführten Politikfelder entscheidend:

1. *Kürzer, gerecht verteilt, kollektiv selbstbestimmt - Die Arbeit der Zukunft dreht sich um das Leben*
2. *Unser Plan B beginnt mit Wirtschaftsdemokratie und sozial-ökologischer (Energie-)Wende*
3. *Eine Offensive fürs Öffentliche - auf dem Weg zu einem Infrastruktur-Sozialismus*
4. *Eine neue Commune - für die Demokratisierung der Kommunen und das Recht auf Stadt, auch auf dem Land, das Recht auf Mobilität, Kultur und kurze Wege, auf den Zugang zu den Orten gesellschaftlichen Reichtums und des Wissens*
5. *Europa braucht eine demokratische Revolution*

Diesen fünf Politikfeldern, die im Manifest von Kipping und Riexinger weiter untersetzt sind, folgen drei konkrete Aufgaben, denen sich die Partei stellen soll:

1.3.1 Wir sollten die Machtfrage auf allen Ebenen stellen.

Um gesellschaftliche Macht aufzubauen und den Kampf für eine andere Hegemonie irgendwann gewinnen zu können, braucht es eine emanzipatorische Klassenpolitik 2.0. Denn Klassenkämpfe (...) sehen heute anders aus. Sie sind zugleich Kämpfe um Geschlechtergerechtigkeit, gegen Rassismus und für globale Solidarität, für Klimagerechtigkeit und eben globale Demokratie. Die Partei muss sich daher auch kulturell öffnen für andere Identitätskonzepte und die Themen all derjenigen, die in ihrem Leben mehr sein wollen als nur fleißige Ameisen im Standort Deutschland.

Träger einer Demokratisierung von Unten könnte in diesem Sinne ein Bündnis bestehend aus Erwerbslosen, Prekarisierten, Beschäftigten, insbesondere den wachsenden Beschäftigtengruppen im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich sowie den urbanen linken Milieus und der neuen europäischen Generation sein. Ja in Europa ist inzwischen eine Generation herangewachsen, für die es eine Selbstverständlichkeit ist, Europa grenzüberschreitend zu leben. Viele von ihnen leiden jedoch unter der herrschenden EU-Politik. Damit solch ein Bündnis gelingt, *sollten wir wissen*, für wen und zu wem wir sprechen. Und das ist weniger die veröffentlichte Meinung, als diejenigen, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen.

1.3.2. Für Organizing und neue Agenten des Gemeinsamen - Für transformatives Organizing

Eine emanzipatorische Hegemoniepolitik, eine neue populäre Linkspolitik brauchen sowohl eine neue Sprache wie eine neue Konfliktfähigkeit - auch bei der LINKEN. Wir müssen in der Lage sein, Kämpfe zu verbinden, Konflikte auszuhalten und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Es braucht Agenten des Gemeinsamen, die im Bewusstsein der Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten an pragmatischen Lösungen arbeiten. Das heißt nicht zuletzt auch den Sound der Straße hören und immer wieder neu sprechen zu lernen. Deswegen schlagen wir - in der Tradition der "Kümmererpartei" - eine Offensive des Zuhörens vor, in der z.B. Offene Büros unserer Partei als Foren für soziale Bewegungen und Anlaufpunkte für ein Organizing in den Stadtteilen und Kommunen dienen können, um gemeinsam Solidarität, Willkommenskultur und die Selbstermächtigung im Alltag zu stärken. "Kümmererpartei" bedeutet ebenso, für die Benachteiligten unserer Gesellschaft da zu sein, ihnen Möglichkeiten des Netzwerkens zu eröffnen und mit ihnen zusammen zu arbeiten. Damit könnten wir auch unsere Kampagnenfähigkeit vor Ort stärken.

Darüber hinaus müssen wir als Partei die Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft besser nutzen. Über das Internet können wir von der Meinungsmacht der Medien unabhängiger werden und zugleich seiner dunklen Seite, den Verschwörungstheorien und Hetzportalen, mit eigenen Angeboten und Argumenten entgegen treten. Die klassische Medienlandschaft ist recht hierarchisch und männerdominiert. Wer Medien macht, bestimmt auch deren Inhalte. Dies erklärt auch den hohen Anteil von Shitstorms und Cybermobbing gegenüber genderorientierten Themen. Wir brauchen eine Netiquette, die die nicht diskriminierende Kommunikation auf medialer Ebene klar regelt.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

1.3.3. Laboratorien der Zukunft schaffen.

Die Zukunftswoche kann ein Anfang sein für die gemeinsame Diskussion über die Zukunftsträume, die linken Alternativen und Strategien, über die Partei der Zukunft. Lasst uns anhand der fünf Themen, die je unterschiedliche Bündelungen der Kämpfe um die Zukunft sind, Laboratorien der Zukunft schaffen, in denen wir uns vernetzen, hierarchiefreie und geschlechtergerechte Diskurse führen können und unsere Ideen zu ausstrahlungskräftigen Projekten und Strategien weiter entwickeln.

Die Partei der Zukunft sind wir alle. Wir sind nicht nur schon anders als die anderen Parteien, wir wollen uns in Zukunft noch deutlicher von den verschiedenen parteipolitischen Varianten der Postdemokratie unterscheiden. Dazu braucht es aber nicht zuletzt eines: unser aller Beteiligung.

Denn nur als aktive Mitgliederpartei können wir auch außerhalb von Wahlkämpfen die geplanten Kampagnen umsetzen, die nötigen Kämpfe führen und unsere Verankerung im Alltag der Menschen verbreitern. Es gibt bereits viele verschiedene Bereiche in der Partei und Leuchtturmprojekte wie die offenen Büros linXXnet und RedroXX oder die Diskussionszusammenhänge zum Plan B, bei denen eine breite Beteiligung erwünscht und möglich ist. Solche Laboratorien der Zukunft wollen wir noch deutlich ausbauen und so Möglichkeiten einer praktischen Beteiligung schaffen. DIE LINKE muss attraktiv werden für Gruppen, die derzeit noch unterrepräsentiert sind im politischen Raum. Dazu gehört auch, besonders für Frauen ein Mitwirkungsangebot zu schaffen.

2. Wo Sachsen steht, wo wir stehen?

Selbstbestätigung ist wohltuend, allein: Sie nützt selten. Selbstbeschäftigung hingegen hilft meistens, solange sie konstruktiv bleibt und nicht ausufert. Wir müssen sie uns gönnen, aber in fruchtbarer Form. Der „*immense konzeptionelle, programmatische, theoretische, strategische Rückstand gegenüber den realen gesellschaftlichen Prozessen im Land*“, der unsere gesamte Partei heute prägt (Peter Porsch), sollte uns treiben – aber nicht in die Resignation, sondern zur Suche nach neuen Antworten. Folgen wir dabei Marx' Forderung: „*An allem ist zu zweifeln*“ – auch an uns selbst.

Strategie heißt: Ein Ziel entwerfen und den Weg, der zu ihm führt. Sie hängt ab von eigenen Möglichkeiten und äußeren Einflüssen. Eine gute Strategie bleibt deshalb flexibel: denn Strategie ist auch „*ein System von Aushilfen*“, wenn die so gut geplanten Vorhaben nicht aufgehen. Fragen wir nicht nur: Welches Programm sollen wir vertreten? Sondern vor allem: Wie dringen wir damit durch? An diesen Debatten können wir scheitern. Vermögen wir es aber nicht, Gedanken und Ideen zu diskutieren, ohne sie zu etikettieren, ohne auf ihre Urheber zu schauen, sind wir schon gescheitert.

Die gesellschaftliche Entwicklung ist offen. Wir kämpfen unter den Bedingungen der herrschenden Verhältnisse, in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein. Auf diesem Weg können wir die Zukunft gewinnen.

Sachsen 2015: Eine erstarrte Gesellschaft?

Der schwarze Block ruht noch – auf vielen Pfeilern

Im 25. Jahr der Einheit bietet Sachsen ein widersprüchliches Bild. Der Freistaat kann, wenigstens im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer, durchaus Erfolge verzeichnen. Wirtschaftliches Wachstum, sinkende Arbeitslosigkeit, niedrige Staatsverschuldung – vielen Sächs_innen stellt sich die wirtschaftliche Lage als solide dar. Aber bei weitem nicht allen. Kehrseiten der guten Kennzahlen sind mindestens die langjährige Niedriglohnstrategie, die Prekarisierung der Arbeits- und vieler Lebenswelten, eine kleinteilige Wirtschaftsstruktur und das Unvermögen, zum Produktionsniveau Westdeutschlands aufzuschließen. Dabei wird innerhalb der Arbeitsmarktzahlen und Einkommensdaten eine sich verfestigende und sogar steigende strukturelle Benachteiligung sichtbar: prekäre Arbeitsverhältnisse und Armut betreffen v. a. Frauen. Im Niedriglohnsektor sind zu ¾ Frauen beschäftigt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind v. a.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

in den „frauentypischen“ Berufsfeldern vorzufinden (z. B. Sozial- und Erziehungsdienste, Pflege und Dienstleistung), (ungewollte) Teilzeitarbeit betrifft ebenfalls zur übergroßen Mehrheit Frauen. All das wird in der Folge zu einer stark verbreiteten Altersarmut besonders bei Frauen führen. Hier ist jedoch keine Besserung, also Angleichung der Einkommensverhältnisse von Frauen und Männern zu beobachten, sondern ganz im Gegenteil ein Ansteigen dieser Ungerechtigkeit. Ein Leben am Rande der Armutsgrenze, durch Aufstockung durch die Ämter oder gespickt mit mehreren Minijobs, fernab von Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sowie Zeit für die Familie, gehören in Sachsen zum Alltagsbild für viele Frauen.

Die relative wirtschaftliche Prosperität hat sich – innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse wenig verwunderlich – keineswegs mit allgemeiner sozialer, kultureller oder Bildungsprosperität verbunden. Bei den meisten sozialen Standards liegt Sachsen nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt, der Anteil armer Menschen an der Bevölkerung ist höher als in allen westdeutschen Bundesländern. Trotz alledem wirken die politischen Verhältnisse wie versteinert. Weshalb?

Die Schaffung rechtlicher, politischer und ökonomischer Strukturen im Freistaat ist nach einem Vierteljahrhundert weitestgehend abgeschlossen. Auch deshalb sind die meisten großen landespolitischen „Schauplätze“ prinzipiell befriedet. Streit entzündet sich an Prozessen des Substanzverzehr, die aus der rigiden Sparpolitik bei gleichzeitiger Rücklagenhäufung folgen, an Ideenlosigkeit und sehenden Auges verpassten Zukunftschancen. Grundsatzdebatten abseits (haushalts-)politischer Detailentscheidungen finden dennoch kaum statt. Auch Oppositionspolitik erschöpft sich meist in Forderungen nach „Mehr!“, seien es Haushaltsmittel, Haushaltsstellen oder „gestaltende Konzepte“.

Die CDU bleibt seit 25 Jahren die mit Abstand stärkste Partei. Diese Machtbasis verdankt sie der Zeit der 1990er Jahre, in der sie – geprägt vom Wunsch der Bürger_innen nach Stabilität in Zeiten gesellschaftlicher Umbruchprozesse – ausgestattet mit absoluter, parlamentarischer Mehrheit in allen Feldern politischer und gesellschaftlicher Strukturen Positionen besetzen und Machtstrukturen festigen konnte. Erste Risse in diesem Machtfundament der „Staatspartei CDU“ ergeben sich erst durch die Affären und Skandale rund um Kurt Biedenkopf Anfang der 2000er Jahre. Dessen Nachfolger Milbradt setzte diesen Trend mit seiner Verstrickung in die sogenannte Sachsen-LB-Affäre fort. Ernste Funktionsstörungen im CDU-Getriebe beruhten mithin weniger auf Protesten gegen landespolitische Fehlentscheidungen, sondern resultierten aus parlamentarischem und juristischem Aufklärungsstreben, bei dem sich etwa der damalige SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle Verdienste erworben hat. Sein Versuch, mit Verweis auf dessen bigotten Umgang mit der eigenen Biografie den amtierenden Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich anzugreifen, scheiterte allerdings. Die CDU-Herrschaft hat große politische Skandale wie den „Sachsensumpf“ oder das Behördenversagen im Zusammenhang mit dem NSU unbeschadet überstanden. Ministerpräsident Tillich inszeniert sich als „Landesvater“ mit ruhiger Hand. Die politisch gewachsenen Mechanismen funktionieren auf Landesebene und im ländlichen Raum wie ein Uhrwerk.

Das hat viele Gründe.

Vor allem zu nennen ist der immerfort reproduzierte Gründungs- oder „Sachsen-Mythos“, den die CDU nach 1990 unter Federführung Biedenkopfs festsetzte. Dazu hat sie sich teilweise der Landesgeschichte bemächtigt. Neben Appellen an das „Sachsengefühl“, anknüpfend auch an die Industrie- und Bergbaugeschichte des Freistaates, ist vor allem die „Friedliche Revolution“ Dreh- und Angelpunkt opportunistischer Umdeutungen. Kern ist die Erzählung, die Umwälzung nach 1989 sei von Sachsen ausgegangen und nicht von Berlin oder gar von Moskau, also dem Scheitern der Sowjetunion und des „sozialistischen Weltsystems“. Weniges vermag dies besser zu illustrieren als die Episode, dass die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Ruine der Frauenkirche am 19. Dezember 1989 (*„Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation“*) inzwischen mit einer Gedenktafel gewürdigt wird. Deren Aufstellung kommentierte der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz mit der irrwitzigen Behauptung, die Rede sei *„der entscheidende Schritt zur Wiedervereinigung“* gewesen. Die Wiedererrichtung der Frauenkirche kann indes als eigene Quelle des „Sachsen-Mythos“ gelten. Sie steht symbolisch für die Aufbauleistung, für Verdienste, die viele Christdemokrat_innen falsch für sich reklamierten.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

mieren. Gleichzeitig ignorieren sie konsequent die Verantwortung der ehemaligen „Blockparteien“ und zeichnen undifferenziert „die Wende-Bürgerrechtler“ dafür aus, dass sie den Aufbau Sachsens vorange-trieben und es zum Vorreiter gemacht hätten – mit starker Wirtschaft, politischer Stabilität, einer florierenden Bildungs- und Kulturlandschaft. „Ganz wie in alten Zeiten!“, schließt sich der Kreis zu Bie-denkopf'schen Reminiszenzen. Dass die DDR-Eliten überwiegend gegen importiertes westdeutsches Per-sonal getauscht wurden, wird indes verschwiegen.

Ein weiterer Pfeiler sind geschickt dosierte Wohltaten für wichtige gesellschaftliche Teilgruppen, deren Widerständigkeit somit prophylaktisch gebrochen wird. Diese Maßnahmen liefern erneut vortreffliches Futter für Inszenierungen nach dem Prinzip: Sachsen investiert X € in Y und ist „zukunftsfest“. Auch so gelang es der CDU, das (Selbst)Bild vom Freistaat als „Primus des Ostens“ zu zeichnen – als Ablenkung von der eher mittelmäßigen Stellung, die Sachsen ansonsten bundesweit einnimmt. *„Dieses Wir-Bild nach dem Motto, Sachsen sind die Besten“ führt zu einer beträchtlichen kollektiven Selbstüberschätzung einer-seits und Ausgrenzungserscheinungen andererseits* (Gerhard Besier). Der Mythos wird ständig kultiviert, etwa in Regierungserklärungen. Dort werden reale Probleme regelmäßig mit patriotischen Parolen, Selbstlob und bräsiger Feierlichkeit übergossen, stets unter direkter Adressierung „der Sachsen“ – *„Heu-te ist unsere Heimat schöner und lebenswerter denn je, und wir sind ein gutes Stück in Richtung Spitze vorangekommen“* (Stanislaw Tillich). Im – überspitzt formuliert – „größten Freistaat Sachsen der Welt“ verfängt derlei weiter, obwohl etwa Thüringen und teilweise auch Brandenburg bei diversen Indikatoren besser abschneiden.

Der „Sachsen-Mythos“ erweist sich als außerordentlich stabiles, weil die Mehrheitsbevölkerung emotio-nal involvierendes Machtinstrument. Es entsteht die Fiktion einer „heilen Welt“, in der Bedrohungen stets als fremdverursacht gelten. Zusätzliche Stützen der christdemokratischen Herrschaft sind neben eher „soften“ Machttechniken auch Vetternwirtschaft, gesteuerte Ämtervergabe, Duckmäusertum und Katz-buckeln von vielen, die im Freistaat „etwas werden“ wollen. Hinzu kommt nicht zuletzt der – mit Hilfe der CDU-nahen Politikwissenschaft gepflegte – Anti-„Extremismus“-Konsens, dessen exzessive Durchsetzung immer wieder die Grundrechte in Gefahr bringt („Sächsische Demokratie“). Begonnen hat auch das vor 25 Jahren, etwa mit schwarzen Listen für „systemnahe“ DDR-Wissenschaftler_innen, die gnadenlos aus der Hochschullandschaft gefegt wurden.

Allerdings knüpfen Sachsens Christdemokrat_innen bei weitem nicht mit allen Machttechniken an histo-rische Bezüge an. Sie nutzen vor allem während ihrer Wahlkämpfe die Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“. Durch den weitgehenden Verzicht auf polarisierende Aussagen ebenso wie durch be-wusste inhaltliche Beliebigkeit werden gegnerische Lager „eingeschläfert“. An die Stelle pointierten, „kantigen“ Agierens treten Personalisierung, Emotionalisierung, Technokratismus, die sämtlich ein offen-sichtliches Angriffspotential vermissen lassen. Das wohlige Gefühl gesicherter Verhältnisse kann indes am besten vermitteln, wer nicht nur über einen langjährigen „Amtsbonus“ verfügt, sondern auch glaub-würdig behaupten kann, für Stabilität zu sorgen. So inszeniert sich die CDU als „das Original“ in Wirt-schafts- und Finanzfragen, postuliert Verlässlichkeit und Kontinuität. Ihre scheinbar unangefochtene Do-minanz begünstigt ihre letztlich obrigkeitsstaatliche Attitüde, sich im Normalfall kaum für die eigene Poli-tik rechtfertigen zu müssen. Der Kollateralschaden, den das Regierungssystem durch diesen Stil erleidet, lässt sich als Verödung, als De-Politisierung beschreiben: Auseinandersetzungen bleiben entweder im Austausch oberflächlicher Meinungsbekennnisse oder in Detailfragen verhaftet, die den Perspektiven der Mehrheitsbevölkerung entrückt sind.

An der Stärke der „bürgerlichen Mehrheit“ in Sachsen – die nur 2004 episodisch unter Druck geriet – hat sich bis heute also wenig geändert. Allerdings lassen sich inzwischen Verschiebungen ihrer inneren Kräf-teverhältnisse beobachten. Ihr Spiegelbild ist die traditionelle Schwäche des „linken Lagers“ von PDS/LINKEN, SPD und Grünen. Kleinere Koalitionspartner, die der CDU willfährig zur Mehrheit verhelfen, scheitern trotz gewisser Zugeständnisse regelmäßig an der Verhinderungsmacht des Stärkeren. Ihnen – wie aktuell der SPD – bleibt die Rolle der Scheinkorrektiv am Kabinettstisch. Sie mögen kleiner Erfolge

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

und Korrekturen der CDU-Politik bewirken, bleiben jedoch in klaren Machtverhältnissen innerhalb der Koalition vor allen Dingen Garant für eine parlamentarische Mehrheit zur Bestätigung der seit der Wende ununterbrochenen CDU Politik.

Die gesellschaftliche Hegemonie der „neuen Staatspartei“ CDU, deren Einfluss weit in Wirtschaft, Verwaltung, Medien, Kultur oder Wissenschaft reicht, scheint unverändert stabil. Stabil sind hierbei auch die konservativen Familienvorstellungen und Rollenbilder der Geschlechter.

Angehörige der größten sächsischen Partei führen weiter in allen Landkreisen das Zepter, sie stellen auch die größte Gruppe der Bürgermeister_innen in den Städten und Gemeinden. In beinahe allen Wahlkreisen fällt das Direktmandat für den Landtag fast wie selbstverständlich an christdemokratische Kandidierende. So gewinnt die größte Fraktion einen entscheidenden Vorteil: Viele ihrer Abgeordneten bleiben von der parlamentarischen Arbeit relativ unbehelligt, die Regierungsfractionen ohnehin weniger fordert als Oppositionsfractionen. Umso freier können sie an ihrer Verankerung im Wahlkreis arbeiten.

Die Vorherrschaft der Konservativen ruht mithin auf einer breiteren Basis als jener, die durch ein anderes Landtagswahlergebnis unmittelbar oder kurzfristig zu kippen wäre. Ein solches wäre der notwendige erste, aber längst nicht der letzte Schritt. Der *„sanfte Verschleiß des Hegemons“* (Benjamin Hoff/Horst Kahrs) wirkt derzeit noch als eher schwache Hoffnung. Er ist jedenfalls nichts, worauf wir warten könnten. Der sächsischen Bevölkerung müssen wir eine realistische und attraktive „Ablösungsperspektive“ (Horst Kahrs) bieten – zumal Versuche, Bewegung in den gelähmten Freistaat zu bringen, inzwischen nicht mehr nur von links kommen.

2.1. Legitimationsprobleme der Demokratie

Seit dem letzten Jahr ist Sachsen mit einem Phänomen konfrontiert, das nicht nur eine bis weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft verbreitete Fremdenfeindlichkeit und Homophobie sichtbar gemacht hat, sondern auch einen Eindruck über die Dimensionen vermittelt, die Frustration, Apathie und Resignation in der sächsischen Bevölkerung inzwischen erreicht haben. „PEGIDA“ und die diversen Ableger bilden ein Ventil, durch das sich auch Teile einer entsolidarisierten Mittelschicht – wobei dahinsteht, ob dieselbe in der jüngsten Geschichte jemals solidarisch war – Gehör verschafft und die „etablierte Politik“ aufschreckt. Diese Bewegungen sind trotz ihrer anfänglichen soziodemografischen Vielfalt in ihrem Wesenskern klar rassistische und fremdenfeindlich. Sie negieren die universellen Menschenrechte. Ihr Protest lastet auf dem Rücken der Schwächsten, die sie gegeneinander hetzen. Soziale Probleme und Ängste nutzen sie aus. Am „Sachsen-Mythos“ können sie anknüpfen. *„Wer unter Existenz- oder Abstiegsangst leidet oder beständig Ausgrenzungen erlebt, kann leichte Beute für rechte Kulturkämpfer, antisemitische Verschwörungstheoretiker und religiöse Fundamentalisten werden. Einen Reim auf die sich verfinsternde Gegenwart machen diese reaktionären „Krisenlöser“ sich, indem sie von Verschwörungen gegen ihre „Kultur“ reden und dabei Verderben über andere bringen. Sie flüchten sich in die vermeintliche Geborgenheit der Nation oder in autoritäre Geschlechterbilder und leben die eigene Unsicherheit im Hass auf Schwächere, wie ethnische und sexuelle Minderheiten, aus“* (Katja Kipping/Bernd Riexinger). Weder dürfen wir darauf verzichten, noch würde es ausreichen, darauf ausschließlich mit den üblichen Protestformen zu reagieren. Auch dürfen wir nicht aufatmen, weil sich Straßen und Plätze wieder leeren. Denn „PEGIDA“ und Co. sind nicht die Ursache, sondern nur das sichtbare Symptom einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung.

„Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte lassen immer stärker erkennen, dass dieses Land zu einer sogenannten „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ wird bzw. schon [geworden] ist. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung hat immer weniger Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen. Verbunden sind damit der Ausschluss aus demokratischen Beteiligungsprozessen, die Bedrohung durch Armut in all ihren Spielarten, extremer Mangel an Bildungsmöglichkeiten und vieles mehr“ (Rico Gebhardt/Sebastian Scheel). Wahlbeteiligung ist zu einer Klassenfrage geworden; Enthaltung übt zunehmend, wer sich in einer unsicheren oder schwierigen sozialen Lebenssituation befindet. Wir beobachten Massenphänomene: allgemeinen Frust wegen der politischen Verhältnisse, Verdruss über fehlende Beteiligungsmöglichkeiten, die Empfindung tiefer Machtlosigkeit, die Ausbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, eine

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

„Atmosphäre der Angst, die sich wie ein leises Rauschen unmerklich, aber unleugbar ausbreitet“ (Heinz Bude). Angst schweißt zusammen: Es droht die Herausbildung einer Gesellschaft des „Wir gegen die anderen“.

Der regierende Teil der politischen Klasse, trägt die Hauptverantwortung für diese Situation – bisher ohne jede Selbstreflexion. Jahre des Nicht-Zuhören-Wollens, des Unterdrückens demokratischer Beteiligung, der Denunziation kritischer Positionen als „Nestbeschmutzung“, des Degradierens von Dialog zum folgenlosen Selbstzweck, Jahre von Selbstherrlichkeit und Dünkel haben ihre Spuren hinterlassen. Vor allem aber die konsequente Nicht-Anerkennung und Nicht-Lösung drängender Probleme auf allen Politikfeldern – vor allem in der Bildungs-, Sozial- und Asylpolitik – haben zum Verlust des Vertrauens vieler Repräsentierter in ihre Repräsentant_innen geführt. Derweil verlassen parlamentarische Akteure immer seltener ihre „Realitätskatakomben“ (Bernhard Pörksen), entfremden sich nicht nur sprachlich von jenen, die sie zu erreichen streben.

Wer größere Teile der Mehrheitsbevölkerung erreichen und mobilisieren will, muss deshalb die Vielschichtigkeit der Gründe anerkennen, die zu diesen Phänomenen führen. Reflexhafte Kritik seitens politischer Akteure an jenen, die die oben beschriebenen Probleme zwar nicht verursachen, aber von ihnen befallen sind, könnte eine *„wechselseitig verursachte Entfremdungs- und Empörungsspirale“* (Joachim Klose/Werner Patzelt) auslösen. Erklärungen finden wir keineswegs nur in der Wirkungskraft rechter Ideologien. Wir finden sie auch in der immer komplexeren Lebenswelt, mit der schwer zurechtzukommen ist; in der Zersplitterung der Gesellschaft in Milieus; im Wandel der öffentlichen und privaten Kommunikationssphäre; schließlich in der abnehmenden Bindungskraft großer Organisationen. Jeder dieser Trends fordert uns heraus.

Lebensläufe sind heute kaum noch planbar. Unsere Umgebung wird schnelllebiger und komplizierter. Die Arbeits- und Produktionswelt verändert sich schnell, vor allem durch Globalisierung, Digitalisierung und Automatisierung. Selbst über gut Qualifizierten schweben Damoklesschwerter wie gebrochene Erwerbsbiografien, Befristungen, unsichere berufliche Perspektiven, Hartz IV oder Altersarmut und eine weitere Verschärfung der Ungleichverteilung zwischen den Geschlechtern.

Globale Prozesse, ob politischer oder wirtschaftlicher Natur, werden immer weniger durchschaubar. Orientierung fällt schwer, Sicherheit wird gesucht. Hinzu kommt, dass *„viele sinnstiftende Narrationen unseres Landes unter Druck geraten, etwa jene von der liberalen und rundum diskursoffenen pluralistischen Demokratie, vom soziale Gerechtigkeit in Aussicht stellenden Wohlfahrtsstaat, vom partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Religion und Staat, vom rundum vorteilhaften Wandel einer ‚homogenen‘ zu einer ‚multikulturellen‘ Gesellschaft. Damit geht grundsätzliches Unbehagen einher, dass eine offene Gesellschaft nun einmal kein Hort von Sicherheit, Beständigkeit und Vertrautheit ist.“* (Joachim Klose/ Werner Patzelt) Entfremdungserfahrungen greifen um sich. Es gelingt den Einzelnen nicht mehr, sich ihre Umwelt „anzuverwandeln“, also eine Resonanzbeziehung mit ihr herzustellen, sich selbst wirksam zu fühlen (Hartmut Rosa). *„An die Stelle handlungsmächtiger politischer Subjekte [...] tritt heute zunehmend das ohnmächtige Individuum, das sich nicht nur von den ökonomischen Verhältnissen entfremdet fühlt, sondern auch von den politischen. Die soziopolitische Welt „antwortet“ nicht mehr, sie diktiert ihre Handlungs- und Strukturvorgaben in Form von Sachzwängen, die sich in Alternativlos- und Basta-Politiken niederschlagen“.* Die „Resonanzachse zwischen der etablierten Politik und weiten Teilen der Bevölkerung“ ist „gebrochen“; die Demokratie verliert ihre „Verheißung“, „responsiv“ auf den Gestaltungswillen der Bürger_innen einzugehen (Hartmut Rosa). Diese Entfremdungsgefühle sind übrigens auch deshalb in Ostdeutschland so stark ausgeprägt, weil die Strukturen, die den neuen Ländern gegeben wurden, nicht selbst entwickelt, sondern ihnen – in Erwartung von Dankbarkeit – „übergestülpt“ wurden.

Dieser „Achsbruch“ wird von einer Zersplitterung gesellschaftlicher Zusammenhänge begleitet. Menschen suchen Sicherheit und Orientierung in ihren Milieus, in sozialen Nahräumen, in denen sie sich wohlfühlen. Dort verstärken sich Entfremdungserfahrungen, weil sich Mitglieder gegenseitig in ihren Weltbildern und Erfahrungen bestätigen, während sie es vermeiden, denen widersprechende Informationen aufzunehmen oder zu akzeptieren. Auch diese Zerklüftung bedingt den längst erfolgten Verlust eines

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

(revolutionären) „*Subjekts unserer Politik*“ (Horst Kahrs). „*Um gesellschaftliche Macht aufzubauen und den Kampf für eine andere Hegemonie irgendwann gewinnen zu können, braucht es eine emanzipatorische Klassenpolitik 2.0. Denn Klassenkämpfe sehen heute anders aus*“. (Katja Kipping/Bernd Riexinger). Die Frage nach einem zeitgemäßen Klassenbegriff ist keine andere als die nach der Beschaffenheit von Milieus, die wir vertreten und ansprechen wollen – und nach Möglichkeiten, sie zu erreichen.

„Unsere Attraktivität, unser Gebrauchswert, unsere politischen Zielstellungen usw. müssen aber durch die jeweiligen WahrnehmungsfILTER hindurch bei den Menschen ankommen“, zumal Milieus eine eigene Sprache entwickeln (Peter Porsch). Dieser strategischen Herausforderung stellen wir uns in einer Zeit, in der sich private und öffentliche Kommunikation radikal wandeln“. Das System der Massenmedien, das mit politischen Akteur_innen „eine Symbiose zum wechselseitigen Nutzen“ (Horst Kahrs) eingeht und folglich mit den Mitteln des klassischen Kommunikationsmanagements erreichbar ist, befindet sich seit Jahren in der Krise. Hauptgrund ist die Digitalisierung, die gleichzeitig eine extrem schnelle, ungeordnete und prinzipiell für jeden Menschen mit Internetanschluss erreich- und beeinflussbare Gegenöffentlichkeit schafft. Diese ist vielfach gespalten und verfügt nicht über greifbare Institutionen. Damit büßen die herkömmlichen Medien teilweise ihre Monopolstellung als Massenkommunikationskanäle ein und geraten unter Rechtfertigungsdruck: Ab jetzt wird (selten konstruktiv) zurückgeschrieben! Das ist auch für politische Organisationen folgenreich. In dem Maße, wie die Massenmedien die Kontrolle über öffentliche Diskurse schleichend abgeben – wobei sie wohl noch lange Zeit den Großteil der debattierten Themen einspeisen werden –, verlieren wir perspektivisch auch Anknüpfungspunkte, um Zielgruppen über Massenmedien zu erreichen. Neue Kanäle werden wichtiger, während sich das Feld der Mitspieler_innen massiv vergrößert. „Hat es noch vor nicht einmal zwei Jahrzehnten viele helfende Hände und eine stramme Organisationsinfrastruktur gekostet, eine kraftvolle politische Demonstration auf die Beine zu stellen, so reichen heute im Zweifel ein Smartphone und ein getroffener Nerv“ (Tilman Loos). Die Wirkungskraft großer, auf Dauer angelegter Organisationsformen – seien es Gewerkschaften, Kirchen oder Parteien – gerät dadurch zusätzlich unter Druck. Die Verankerung der sächsischen Parteien ist ohnehin traditionell sehr gering. Die Mitglieder der sächsischen CDU stellen nur einen Anteil von 0,3 % der Bevölkerung, jene der LINKEN 0,23 %. Nur 0,69 % der Bürger_innen sind Mitglied einer der im Landtag vertretenen Parteien. Langfristige (Partei-)Bindungen nehmen bundesweit ab, Wählerschichten differenzieren sich, politisches Engagement wird kurzfristiger und stärker themen- und projektbezogen.

All diese Rahmenbedingungen erschweren unsere Strategiefindung, weil sie die „Passung“ zwischen unserer Organisation und der Gesellschaft, deren Teil sie ist, infrage stellen. Wir müssen unsere Rolle neu finden. Wer sonst soll den Getriebeschaden beheben? Es ist an uns, „die herrschenden Verhältnisse mit den unterdrückten besseren Möglichkeiten zu konfrontieren“ (Horst Kahrs), den Kapitalismus grundsätzlich in Frage zu stellen, mehr aufzuzeigen als eine Umverteilungsperspektive. Verbreiten wir jedoch keine Angst. Propagieren wir positive Visionen, in dem Wissen, dass wir zugleich Sicherheit bieten müssen. Machen wir „nicht alles anders“, aber „viele besser“! Die erste Voraussetzung dafür sind Reformen unserer Organisationsstruktur.

3. Sachsens LINKE 2015: Eine Partei zum Verändern!

3.1. Untrügliche Trends: Wahlergebnisse 2014

Wahlergebnisse sind Momentaufnahmen und abhängig von vielen Faktoren. Sie zeigen dennoch Entwicklungen, die in die strategiebildende Analyse einbezogen werden müssen. Bei den Landtagswahlen 2014 setzte sich für uns ein langfristiger Trend des Stimmenverlusts fort. Mit 18,9 % der Listenstimmen gegenüber 20,6 % im Jahr 2009 und 23,6 % bei den Wahlen 2004 fiel das Wahlergebnis erneut schlechter aus als zuvor. Aussagekräftiger ist die absolute Zahl der Zweitstimmen: Diese stieg von 480.317 (1999) auf 490.488 (2004), sank dann aber drastisch auf 370.359 (2009) und schließlich auf 309.568 (2014). Es ist uns noch nicht gelungen, neue Wähler_innenschichten zu erschließen. Auch eine Trendumkehr bei den Direktmandaten ist bislang nicht geglückt. Ohne sie wird es uns aber kaum gelingen, die parlamentarische Macht der CDU zu brechen. Deshalb ist es wichtig, dass wir schon jetzt intensiv darüber diskutie-

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

ren, in welchen strategischen Wahlkreisen wir im kommenden Landtagswahlkampf mit konzentriertem Ressourceneinsatz daran gehen wollen, die bislang tiefschwarze Landkarte des Freistaates mit roten Flecken zu versehen. 2014 gelang es in einigen großstädtischen Wahlkreisen beinahe und in einem einzigen tatsächlich, ein Direktmandat zu erringen. Das belegt das Erfolgspotential milieuspezifischer Wähler_innenansprache, die soziodemografische Variablen und regionale Identitäten berücksichtigt – Modellfälle für den ländlichen Raum, in dem die überwiegende Zahl der Wähler_innen lebt. Außerdem sollten wir ebenfalls die gezielte Ansprache von Frauen in den Wahlkämpfen verstärken.

Gegenüber 2009 haben wir mehr als 60.000 Zweitstimmen verloren. Davon gingen (saldiert) 31.000 Stimmen auf das Konto demografischer Entwicklungen (38.000 Wähler_innen verstorben, 7.000 Erstwähler_innen gewonnen), 13.000 Stimmen an das Lager der Wahlverweigerer_innen, insgesamt 11.000 Stimmen an andere Parteien – vor allem an die AfD –, 6.000 Stimmen entfielen durch Wegzug. Damit bildet die sächsische LINKE keine Ausnahme von Bundes- oder Ostdeutschland-Trends. Allerdings ist die LINKE als einzige Partei sowohl vom demografischen Wandel als auch von Binnenmigrationsbewegungen negativ betroffen. Der Blick auf die Altersstruktur unserer Wähler_innenschaft zeigt zudem einen deutlichen Überhang der über-60-jährigen Männer und Frauen, hingegen eine anhaltende Schwäche in den Altersgruppen zwischen 30 und 59 Jahren, bei den Jüngeren indes leichte Zugewinne. Vor diesem Hintergrund scheint es unsicher, dass sich unsere Wahlergebnisse stabilisieren werden. Die demografisch bedingte Schrumpfung unseres Wähler_innenpotentials bleibt problematisch, ebenso unsere strukturelle Schwäche bei jüngeren und berufstätigen Wähler_innen (Analysen: Horst Kahrs). Hinzu kommt, dass sich der Verlust älterer Wähler_innen in einem überschaubaren Zeitraum schlagartig beschleunigen wird, sobald diese ein hohes Alter erreichen.

Ein Blick auf die Struktur der sächsischen Wähler_innenschaft und die Wahlbeteiligung vermag dieses Bild nur teilweise zu relativieren. Zwar ist die Zahl der Wahlberechtigten in Sachsen seit 1990 von etwa 3,7 Millionen auf nur noch knapp 3,4 Millionen (2014) gesunken, die Zahl der Wähler_innen im gleichen Zeitraum von 2,5 Millionen auf etwa 1,5 Millionen zurückgegangen. Der Anteil der Nichtwähler_innen an den Wahlberechtigten ist inzwischen aber von etwa 25 % auf mehr als 50 % gewachsen. Die Wahlbeteiligung ist in allen sozialen Schichten rückläufig, am niedrigsten allerdings in einkommensarmen und bildungsfernen Bevölkerungsteilen. Hier zeigt sich ein ebenso wichtiger Ansatzpunkt für die strategische Wähler_innenansprache wie bei unserer Schwäche in mittelalten Alterskohorten. Es gilt, unser Potential wieder stärker auszuschöpfen – vor allem bei jenen, die resigniert haben oder von uns keine Impulse erwarten.

So könnten wir auch unsere Stellung innerhalb des rot-rot-grünen Lagers, sofern es sich auf Landesebene konstituiert, ausbauen. Denn das Kräfteverhältnis innerhalb dieser Dreierkonstellation hat sich in den vergangenen fünfzehn Jahren zu unseren Ungunsten verändert. Entfielen 1999 auf die PDS noch 62,5 % der Stimmen links der CDU, waren es 2004 noch 61 %, bei den Landtagswahlen 2009 54,8 % für DIE LINKE und 2014 noch 51,1 %. Innerhalb dieses Lagers gibt es starke Wanderungsbewegungen; seine Mobilisierungskraft schwindet jedoch insgesamt. Konnten LINKE, SPD und Grüne 1999 noch 768.237 Zweitstimmen erringen und diesen Wert 2004 auf 801.697 steigern, waren es 2009 nur noch 672.583 und 2014 schließlich 605.834 Zweitstimmen. Folglich benötigt Rot-Rot-Grün Zustrom von außerhalb und offenbar vor allem aus der Gruppe der Wahlverweigerer_innen, wenn eine realistische Ablösungsperspektive entstehen soll.

3.2. Mitgliedschaft, Präsenz, Geld: Strukturfragen sind Überlebensfragen

Auch bei unserer Organisationsstruktur zeigt sich eher ein Abbau- als ein Aufbauprozess. Wichtigste Indikatoren sind die Mitgliederzahlen und die Altersstruktur unserer Mitgliedschaft; von ihnen hängen unmittelbar unsere Kampagnenfähigkeit und unsere Präsenz in der Fläche ab, ferner unsere Fähigkeit, Kandidierende für Kommunalwahlen zu nominieren, und nicht zuletzt auch unsere Finanzkraft.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Die Zahl unserer Mitglieder hat sich wie in den anderen ostdeutschen Landesverbänden auch seit dem Jahr 2000 mehr als halbiert, was Stadt- und Kreisverbände in annähernd gleichem Maße betrifft, und liegt mittlerweile bei etwa 9.000. Mehr als die Hälfte der sächsischen Genoss_innen sind älter als 71 Jahre. Die Altersschichten zwischen 16 und 51 Jahren sind – mit einer kleinen positiven Ausnahme in jener der 26 - 30-Jährigen – deutlich schwächer besetzt. Die Zahl der Orte, in denen kein einziges Parteimitglied mehr existiert, ist größer geworden. Trotz großen Einsatzes und starken Engagements liegt die Zahl derer, deren gesundheitliche Verfassung eine aktive politische Betätigung zulässt, deutlich unterhalb der Gesamtmitgliederzahl. Insgesamt sind wir in vielen Landkreisen nur noch eingeschränkt wahrnehmbar. Vor allem in den ländlichen Gebieten wird es schwieriger, Parteistrukturen aufrechtzuerhalten. Darunter leidet auch das Mitgliederleben, das attraktiv sein muss, damit neue, jüngere Mitglieder und darüber hinaus insbesondere (junge) Frauen gewonnen werden können.

Deshalb ist es unsere vordringlichste Aufgabe, das Mitgliederleben neu zu gestalten. Neueintritte in unserer Partei begrüßen wir, aber wir wissen, dass diese neu Eingetretenen auch echte Anknüpfungspunkte brauchen. Dahingehend stehen wir in der Pflicht, unsere bisherige Aufnahmekultur selbstkritisch zu hinterfragen. Einige der Fragen, die wir uns stellen sollten, sind unter anderem:

- a.) Inwieweit sind unsere Strukturen (Basisorganisationen, Ortsverbände) kulturell fähig, neue Mitglieder aufzunehmen? Sind die jeweiligen Ansprechpartner_innen tatsächlich geeignet, unsere Neuen anzusprechen? Sind die Themen und der Ablauf der Treffen attraktiv? Ist das Gespräch- und Debattenklima angenehm genug, um Neue zur Verbleib zu animieren?
- b.) Inwieweit sind unsere Strukturen (Basisorganisationen, Ortsverbände, Kreisverbände, Landesverband) strukturell in der Lage, neue Leute anzusprechen? Erhalten alle Neumitglieder alle Informationen, die nötig sind – oder gehen sie gar in einer Informationsflut unter? Finden die Veranstaltungen zu Zeiten statt, an denen die Mehrheit unserer neuen Mitglieder teilnehmen kann? Steht der derzeit praktizierte Verwaltungsaufwand bezüglich der Neuen in einem sinnvollen Verhältnis zum Nutzen? Wie begrüßt man neue Mitglieder – mit zentralen oder dezentralen Neumitgliedertreffen? Oder ganz anders? Wie integrieren wir Mitglieder, die an Orten wohnen, in deren Nähe es keine (oder: keine sinnvolle Parteiorganisation) mehr gibt? Wie binden wir fremdsprachige Mitglieder ein?
- c.) Wie müssen Abläufe und Sprache unserer Partei strukturiert sein, damit Neumitglieder sich aktiv beteiligen? Reichen die alten Beteiligungsmöglichkeiten über Parteitage, Delegationen oder Konferenzen aus? Produzieren wir zu wenig Papiere oder möglicherweise zu viele? Müssen wir immer den inhaltlichen Rundumschlag austeilen, oder reichen in Zukunft nicht sehr kurze und prägnante Positionspapiere?
- d.) Wie stellen wir uns auf veränderte Kommunikations- und Aktivismusformen ein? Ist es sinnvoll, vom Bundesverband eine sinnvolle „DIE LINKE-App“ einzufordern? Ist es noch zeitgemäß, dass wir mit so viel Papier arbeiten? Können und sollten wir Kommunikationskanäle zentralisieren oder eher der lokalen Selbstverwaltung überlassen? Wie kriegen wir den Spagat zwischen effizienter Kommunikation mit unseren Mitgliedern und andererseits dem Datenschutz hin?

Wenn wir dabei nicht vorankommen, sehen wir uns einem ähnlichen Problem gegenüber wie bei unserer Wähler_innenschaft: Verluste in den stark besetzten höheren Altersgruppen werden sich eines Tages schlagartig beschleunigen. Kann dies nicht kompensiert werden, wäre auch die finanzielle Abwärtsspirale kaum aufzuhalten. Denn logischerweise stammt der Großteil des Beitragsaufkommens aus den am stärksten besetzten, älteren Alterskohorten. Sinkt die Mitgliederzahl, gehen auch die staatlichen Zuschüsse zurück. Das können wir uns nicht leisten. Denn es gibt einen dringenden Handlungsbedarf – zumal uns das Haushaltsjahr 2014 ein Defizit von mehr als 150.000 Euro eingebracht hat. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir unsere Kampfkraft in Zukunft erhalten, Strukturen so effizient wie möglich gestalten und das perspektivisch weiter sinkende Beitragsaufkommen effektiv nutzen können, damit auch bei sinkenden Einnahmen unsere parteiinterne Demokratie attraktiv und unsere Wirkungskraft nach außen stabil bleiben kann. Gleichzeitig setzen wir unsere Bemühungen, das Absinken des Beitragsaufkommens zu bremsen, fort. Hier schließt sich der Kreis zur (Neu)Mitgliederzahl: Als Partei, die nicht nur

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

innerhalb der konkreten Lebenswelten von Milieus Politik macht, sondern auch selbst ein lebenswertes Milieu bietet, können wir langfristig den Bestand unserer Organisation sichern.

Für DIE LINKE. Sachsen sind landesweit über 1.000 Kommunalpolitiker_innen aktiv. Damit haben wir in vielen Orten noch eine entsprechende politische Ausstrahlung in die Städte und Gemeinden und stehen als Ansprechpartnerin für Probleme und Anregungen zur Verfügung. Aber auch hier gilt es eine bessere Vernetzung und Förderung unserer Kommunalpolitiker_innen auf die Beine zu stellen. Gemeinsam der der LAG Kommunalpolitik, der Landtagsfraktion sowie parteinahen Vereinen werden wir gemeinsame Konzepte und Strategien – auch in der Frage der Kandidat_innengewinnung – weiterentwickeln, um langfristig unsere kommunalpolitische Verankerung zu erhalten bzw. auszubauen.

4. DIE LINKE in Sachsen - strategische Orientierungen

Eingebettet in die Strategien und Kampagnen der Bundespartei, die das politische Profil der LINKEN auch weiterhin entscheidend prägen werden, orientieren wir unsere politische Arbeit in Sachsen wie folgt:

4.1. Sicher sozial, sicher solidarisch

Für DIE LINKE ist soziale Politik weit mehr als Sozialpolitik. Wir benennen die Probleme der sozialen Sicherheit, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts auf allen Politikfeldern, diese bilden unsere Leitorientierung. Darin besteht die Grundlage für unsere Alleinstellungsmerkmale: prinzipiell sind für uns alle Politikfelder auch aus »sozialer Perspektive« zu bearbeiten. Den neoliberalen Ansatz, Sozialpolitik auf Fürsorge zu reduzieren, lehnen wir ab. Linke Politiker_innen begreifen sich deshalb in ihren jeweiligen Fachgebieten immer auch als Sozialpolitiker_innen.

Unsere Politik für ein „Leben in Menschenwürde“ für alle in Sachsen lebenden Menschen richtet sich besonders auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, alle derer, die in dieser Gesellschaft an den Rand gedrängt werden, von Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung bedroht sind. Dies verstehen wir zugleich als wesentlichen Teil unseres politischen Angebotes an die - aus sozialer Perspektive - „Mitte der Gesellschaft“, die sich von Abstiegsängsten bedroht und unter Druck gesetzt fühlt. Der Kampf für soziale Sicherheit betrifft bei weitem nicht nur die sozial am stärksten an den Rand gedrängten Menschen in diesem Land. Es ist ein wesentliches Merkmal neoliberaler Politik, jegliche Sicherheiten und Regulierungen anzugreifen und wenn möglich aufzulösen, damit ist auch die sogenannte Mittelschicht vom sozialen Abstieg bedroht. Gerade in Sachsen trifft dies für erhebliche Teile der Bevölkerung immer mehr zu.

Die sächsische LINKE stellt deshalb den Kampf für soziale Sicherheit in all ihren Aspekten in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Der Widerstand und Kampf gegen sogenannte »prekäre«, also unsichere Arbeits- und Lebensbedingungen kann selbstverständlich auf der politischen Ebene eines Bundeslandes nicht »gewonnen« werden. Nichtsdestotrotz muss er auf dieser Ebene und auch auf allen Ebenen darunter geführt werden. Deshalb unterstützen wir die Kampagne der Bundespartei gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen »Das muss drin sein!« Auch hier gilt: Betroffen von Armut und Prekarisierung sind zu großer Mehrheit Frauen. Hierauf sollte sich auch ein Schwerpunkt in der Kampagnenführung und Ansprache richten.

In den neuen Bundesländern ist der soziale Druck im bundesweiten Vergleich mit Abstand am Höchsten. Altersarmut und Kinderarmut, aber auch Armut trotz Arbeit, Frauenarmut und andere Spielarten von Armut drohen nicht nur, sondern sind bereits der Fall und weiten sich aus. Die politischen Strategien der neoliberalen Parteien, niedrige Löhne und reduzierte Arbeitnehmer_innenrechte als vermeintlich positive Standortfaktoren zu fördern bzw. nicht im Ansatz konsequent zu bekämpfen, bilden eine wesentliche Ursache für diese Situation. Dazu kommt das Beharren auf konservative Familienmodelle (Bedarfsgemeinschaft, Ehe) die finanzielle Abhängigkeiten erhalten und weiter fortschreiben. Dabei geraten zu über großer Mehrheit Frauen in die finanzielle Abhängigkeit von Männern.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Unser Einsatz für soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt ist deshalb auch Ausdruck unserer spezifischen »Ost-Kompetenz« - denn »Osten« bedeutet in diesem Land schändlicher Weise auch oft genug »arm«, oft genug »abgehängt«, oft genug »ausgegrenzt«. Das wollen wir ändern. »Soziale Sicherheit« muss weit über den engen Rahmen sozialpolitischen Handelns hinaus begriffen werden. Es geht also dabei um mehr als den sogenannten »Sozialstaat«. Sozialstaatliche Errungenschaften zu erhalten, deren Abbau zu verhindern und diese nach Möglichkeit auszubauen ist deshalb eine notwendige, aber bei weitem nicht hinreichende Aufgabe, die wir LINKE im Kampf um soziale Sicherheit zu erfüllen haben.

Über diesen Rahmen hinaus wollen wir unseren Einsatz für soziale Sicherheit verstärkt auf den klassisch landespolitischen Themenfeldern führen, aber auch wiederholt deutlich machen, dass der Kampf um soziale Sicherheit kein Expert_innenthema ist, sondern Herzensangelegenheit aller LINKEN. Beispielhaft sind zu nennen:

- *der Einsatz für Lebens- und Arbeitsverhältnisse jenseits der Prekarität*
- *der Kampf für armutsfeste Renten und die Rentenangleichung, für eine Kindergrundsicherung und eine sanktionsfreie Mindestsicherung*
- *unsere Aktivitäten zur Überwindung von Hartz IV sowie unsere Initiativen zur Linderung deren schlimmsten Auswirkungen und unser Einsatz für die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung*
- *unser Kampf gegen die Rente erst ab 67 und für die Herstellung der Renteneinheit zwischen Ost und West*
- *unser Einsatz für eine einheitliche Bürgerversicherung im Gesundheitswesen in Deutschland und gegen Pflegenotstand und Ärztemangel in Sachsen*
- *unser Einsatz gegen Abkommen wie TTIP oder CETA, die auf grundsätzliche Art und Weise die demokratische und soziale Gestaltung unserer Gesellschaft gefährden*
- *gute inklusive Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein*
- *der Zugang zu Kulturgütern darf nicht Oberschichten und Besserverdienenden vorbehalten sein*
- *unser Einsatz für den Erhalt und Ausbau der Kulturräume und deren kulturellen Einrichtungen als Identität stiftende und integrierende, und den Ausbau der Kulturlandschaft von einer bewahrenden zu einer ermöglichenden*
- *öffentliche Sicherheit muss für alle Einwohner_innen gewährleistet sein*
- *eine bessere, auskömmliche Kommunalfinanzierung muss die sächsischen Städte und Gemeinden als lebenswerte Orte sichern*
- *die Sicherung des öffentlichen Eigentums auf allen Ebenen und damit der Widerstand gegen Privatisierungsbestrebungen insbesondere im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge*
- *der öffentliche Verkehr muss in allen Regionen des Freistaates und für alle Personengruppen in umfänglicher Weise sicher gestellt sein*
- *eine inklusive Gesellschaft und umfassende Barrierefreiheit nützt allen Menschen*
- *Geschlechtergerechtigkeit im Querschnitt aller politischen Themen*
- *Kinder- und Jugendarbeit als insbesondere für sozial Ausgegrenzte wichtige Aufgabe*
- *eine gute wirtschaftliche Entwicklung in allen Landesteilen sichert die Möglichkeit guter Arbeit*
- *betriebliche Mitbestimmungsrechte erhalten und ausbauen*
- *demokratische Beteiligung der Einwohner_innen an der politischen Gestaltung durch Ausbau der Mitgestaltungsmöglichkeiten, wie z.B. Bürgerbegehren oder Volksentscheide*
- *die sozial-ökologisch nachhaltige Gestaltung von Wirtschaft und Landwirtschaft sichert die Lebensgrundlagen für alle Menschen*
- *die Sicherheit, kein Opfer rassistischer, fremdenfeindlicher oder anderer diskriminierender Gewalttaten, Kränkungen oder Ausgrenzung zu werden, ist Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben*
- *die Verankerung einer belastungsfähigen Multikulturalität in Sachsen*

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Projekt: Kampf der Prekarität in der Mitte der Gesellschaft

1. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen wird beauftragt, in Absprache mit der Landtagsfraktion und den Kreisverbänden eine Strategie zu entwickeln, wie das Thema Prekarität zeitlich und inhaltlich in den nächsten zwei Jahren in den Mittelpunkt unserer politischen Auseinandersetzung gerückt wird und welche politischen Angebote wir dabei den Sächs_innen unterbreiten können.
2. Dabei liegt der Fokus darauf gesellschaftliche Lösungen für Prekarität anzubieten und glaubhaft zu untersetzen.
3. In dieser Debatte sollte auch der Meinungsaustausch mit unseren Thüringer Genoss_innen eine Rolle spielen, um den Beweis der Machbarkeit von Veränderung anzutreten.
4. Die Landesarbeitsgemeinschaften sind zur Mitarbeit eingeladen. Der Landesvorstand wird beauftragt, eine entsprechende Arbeitsstruktur zu schaffen, die unter anderem die Auswertung des Dialoges für Sachsen berücksichtigen sollte.
5. Die Kampagne „Das muss drin sein“ kann dabei einen groben Rahmen bieten.
6. Ein erster Entwurf für eine solche Strategie soll bis zum 30. April 2016 vorliegen.

4.2. Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit

Soziale Sicherheit langfristig zu ermöglichen, stellt unter den Bedingungen der stetig und beschleunigt fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte eine besondere Herausforderung dar. Die umfängliche Digitalisierung und Automatisierung des produktiven Sektors sowie die beständige Ausweitung des Dienstleistungssektors verändern die Arbeits- und Produktionswelt auf grundsätzliche Weise. Die Globalisierung nicht nur der Produktion, sondern auch großer Dienstleistungsbereiche ist eine Tatsache. Die beständige Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse hat »zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen«. Unsere Antworten auf die daraus entstehenden sozialen Verwerfungen müssen mit den immer schnelleren Entwicklungen in der Ökonomie Schritt halten. DIE LINKE muss viel stärker wieder die Partei des Fortschritts sein. Dabei dürfen wir Fortschritt nicht auf die dynamische Entwicklung im produktiven Bereich reduzieren. Unsere Verantwortung besteht vielmehr darin, Fortschritt gesellschaftlich zu verstehen. Ökonomischer Fortschritt ohne sozialen Fortschritt spaltet die Gesellschaft. Es ist deshalb angemessen, über Modelle nachzudenken und entsprechende Konzepte zu entwickeln, die dem gesamtgesellschaftlichen Charakter der Produktion entsprechen. Dazu gehören ausdrücklich auch Vorschläge wie die solidarische Mindestrente, eine Kindergrundsicherung, eine sanktionsfreie Mindestsicherung, oder, darüber hinausgehend, ein Grundeinkommen. Wer der sozialen Sicherheit den politischen Vorrang gibt, darf sich von häufig neoliberal begründeten Denkverboten nicht schrecken lassen.

Fortschritt heißt, dass auf hochtechnologischer Basis ein Produktivitätswachstum erreicht wird, das den Reichtum an Gebrauchswerten aller mehrt und ökologisch nachhaltig ist. Gerechtigkeit heißt, dass alle ein Einkommen haben, von dem sie gut leben können; dass allen gleiche Zukunfts-, Berufs-, Bildungsmöglichkeiten zu teil werden, dass alle sich frei entfalten können, auch jenseits konservativer Rollenbilder, dass der Reichtum gerecht verteilt wird, um genau diese Aufgaben bewältigen zu können - von oben nach unten auf nationalstaatlicher Ebene, aber auch global von reicheren zu ärmeren Nationalstaaten. Eine Politik globaler Gerechtigkeit ist zugleich elementare Voraussetzung für die größtmögliche Freiheit eines jeden und damit auch derjenigen, die bis dato von solchen Freiheitsgütern abgeschnitten sind. Umgekehrt bedarf es der Durchsetzung politischer Grund- und Freiheitsrechte, ohne die es nicht zur Verwirklichung einer sozial gerechten, inklusiven und umweltverträglichen Welt kommen wird.

Wir stehen für eine Politik, mit der der Trend zur De-Industrialisierung in Europa umgekehrt wird und der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung auf hochtechnologischer Basis (etwa Industrie 4.0) wieder steigt. Damit sind nicht die industriellen Dreckschleudern der Vergangenheit, die oft durch das Bild der „rauchenden Schloten“ gekennzeichnet sind, gemeint, sondern eine umweltverträgliche Industrialisierung. Gewiss wird Technik im Kapitalismus zuweilen missbraucht und deformiert, aber im Ganzen ist Technik eher Teil der Lösung als Teil des Problems. Wir brauchen technischen Fortschritt, der Lebensqualität erhöht und Probleme löst. Die Notwendigkeit der Umsetzung der Barrierefreiheit auf

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention, kann mit der Notwendigkeit auch technische Voraussetzungen für Barrierefreiheit zu schaffen, Motor für einen solchen technischen Fortschritt darstellen, der auch am Ende allen zugute kommt und innovative Potential entfalten kann. DIE LINKE muss aufzeigen, welcher Fortschritt durch moderne Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte entfesselt werden könnte, der durch falsche Strukturen und Politik blockiert wird. Es geht nicht darum, die bürgerliche Gesellschaft abzuschaffen, sondern sie »aufzuheben«, indem ihre zerstörerischen Tendenzen beseitigt, ihre Fortschrittspotenziale aber beibehalten und ausgebaut werden. An der begonnenen Emanzipation des Individuums aus den Fesseln archaischer vormoderner Gemeinschaften muss DIE LINKE also festhalten und die Freiheitsrechte der Individuen entschlossen gegen ihre Feinde verteidigen. Als Sozialisten kritisieren wir die bürgerliche Gesellschaft nicht dafür, dass sie Freiheits- und Individualrechte hervorgebracht hat. Wir kritisieren die bürgerliche Gesellschaft dafür, dass sie in ihrem Inneren Gewalttätigkeit, Ausschluss und Ungleichheit produziert; dafür, dass sie hierarchische Geschlechtereinteilungen vornimmt, einschränkende Rollenbilder propagiert und Gleichstellung der Geschlechter verhindert.

Wenn die neue Gesellschaft im Schoße der alten entsteht, muss DIE LINKE selbst die Entfaltung der Produktivkräfte wollen. Viele Menschen erleben schon heute oftmals größere Freiheitsspielräume als früher: weniger Patriarchat, weniger Fabrikdisziplin, mehr digitale Zugänge, mehr individuelle Ansprüche, mehr Bildung, ein Zuwachs an »general intellect« (Marx). DIE LINKE tut also gut daran, das Freiheitsversprechen der bürgerlichen Gesellschaft gegen die unvollkommene Wirklichkeit zu mobilisieren und Menschen dazu einzuladen, an der gesellschaftlichen Transformation für eine bessere Welt mitzuwirken.

Die Mammutaufgabe, vor der die gesellschaftliche Linke steht, ist der Einstieg in eine solidarische Ökonomie, in der sich makroökonomische Steuerung, Umverteilung von Einkommen und Arbeitszeit, hochtechnologische Investitionspolitik für moderne industrielle Kerne, Entwicklung moderner technikbasierter Dienstleistungen, individualitätsstützende Sozialpolitik und neue Formen des Öffentlichen ergänzen.

Qualitätsbewusste Warenproduktion und Produktivitätssteigerung durch Innovation, technischen Fortschritt und industrielle Investitionen begrüßen wir ausdrücklich. Eine solche Industriepolitik müsste auch sinnvolle private Investitionen befördern. Klar ist aber auch, dass mehr öffentliche Investitionen getätigt werden müssen und manche Privatisierung rückgängig zu machen ist. Investive, technikbasierte Aktivitäten richten sich zweifellos auch auf die Produktion materieller Güter, aber nicht ausschließlich. Es geht auch darum, für eine höhere Lebensqualität den ökologischen Umbau von Produktion, Verkehr und Infrastruktur voranzutreiben, die öffentliche Daseinsvorsorge und die Sozialsysteme zu stützen, moderne Dienstleistungen zu fördern und der digitalisierten Wissensökonomie den Weg zu ebnen.

Von besonderer Bedeutung wird das Verhältnis von Industriepolitik und ökologischem Umbau sein. Wichtiges Ziel technikbasierter Investitionen ist es, den Einsatz nicht-erneuerbarer Ressourcen zu reduzieren, Energieeffizienz zu erhöhen und die Entwicklung regenerativer Energiequellen voranzutreiben. Nötig ist es, unmittelbare Aktivitäten von Gebietskörperschaften und öffentlichen Unternehmen in Richtung des technikbasierten ökologischen Umbaus voranzutreiben sowie private Aktivitäten durch direkte Vorgaben und Instrumente politischer Marktsteuerung zu regulieren.

4.3. Konsequenz gegen gesellschaftliche Rechtentwicklungen, konsequent im Kampf für Frieden

Der rassistische, antifeministische und homophobe Schulterchluss von biederem Wutbürgern und bekennenden Neonazis im Rahmen der diversen *GIDA - Demonstrationen ist eine brandgefährliche Mischung. In diesem Zusammenhang gedeiht eine Pogromstimmung gegen Migrant_innen, aber auch gegen andere gesellschaftliche Gruppen. Diese Entwicklung wurde nach Kräften durch das unverantwortliche Gerede über Wirtschaftsflüchtlinge und Asylmissbrauch in den Parteien der Regierungskoalition befeuert. Rechte Populisten haben so leichtes Spiel, die diffuse Unzufriedenheit gegen die als alternativlos dargestellte Politik der Bundesregierung in Hass auf alles vermeintlich Fremde zu kanalisieren.

Diese Bündnisse betten sich in einen vorherrschenden gesellschaftlichen Rechtsruck ein. Das gesellschaftliche Klima erinnert vielerorts stark an die 1990er Jahre. Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsheime war bereits 2014 höher als 2012 und 2013 zusammen.

Auch wenn im Zusammenhang mit diesen *GIDA - Demonstrationen auch soziale Missstände, Demokratiedefizite und teilweise auch individuelle soziale Notsituationen artikuliert wurden, trifft dies nicht das

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Wesen dieser Bewegung, die im Kern rassistisch und menschenverachtend ist. Dieses menschenfeindliche Denken ist nicht erst seit Neuestem Bestandteil des politischen Bewusstseins breiter Teile der Gesellschaft.

Unser Engagement basiert dabei auf drei Säulen:

- 1. Solidarität mit allen Betroffenen! DIE LINKE steht an der Seite der Asylsuchenden und Migrant_innen, der von Homo-, Xenophobie und rechts-motiviertem Hass und Gewalt Betroffenen und setzt sich für die Verbesserung ihrer Situation im Praktischen und Politischen ein. Wir suchen die Vernetzung zu Organisationen und sind aktiv in Bündnissen zur Unterstützung von Flüchtlingen und zur Opferbetreuung. DIE LINKE ist aber auch solidarisch mit all jenen, die sich für ihr zivilgesellschaftliches, demokratisches Engagement Anfeindungen, Gewalt und staatlichen Repressionen ausgesetzt sehen müssen.*
- 2. Widerstand gegen jegliche Menschenfeindlichkeit! DIE LINKE schaut nicht weg, sondern thematisiert rassistische Phänomene, wenn sie auftreten. Sie tritt Menschenfeind_innen in Wort und Tat entgegen und beteiligt sich in Bündnissen zur Organisation von Protest und Widerstand. Und sie thematisiert das Versagen staatlicher Behörden und Regierungshandeln dort, wo es der Verbreitung eben jener Menschenfeindlichkeit Vorschub leistet oder Aufklärung behindert.*
- 3. Anerkennung von Engagement! Aus Sicht der LINKEN ist eines der wirksamsten Mittel gegen die Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien darauf hinzuweisen, was die Alternative ist. Deswegen unterstützen wir und beteiligen uns an Bündnissen und Initiativen für eine demokratischere Protestkultur in Sachsen und für eine gelebte Willkommenskultur gegenüber allen, die hier ihren Lebensmittelpunkt finden wollen. Sachsen ist nicht per se rassistisch! Das beweisen viele Menschen alltäglich, wenn sie sich - trotz widrigster Bedingungen - in vielen Vereinen, Initiativen und Bündnissen für eine Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas engagieren und oftmals ganz praktische Hilfe leisten. Dieses Engagement erkennen wir ausdrücklich an und wollen es weiter fördern.*
- 4. Offensiv für ein menschliches Sachsen! In Abstimmung mit den der LINKEN Sachsen nahestehenden Bildungsträgern und in Kooperation mit den Fraktionen DIE LINKE auf allen Ebenen sowie der linksjugend [´solid] Sachsen bieten wir verstärkt Bildungsveranstaltungen und andere Aktionsformen an, die dazu dienen sollen, rassistische Denkweisen und Argumente zu widerlegen, über Vorurteile aufzuklären und antirassistisches Handeln zu unterstützen. Dabei soll das Spektrum der Angebote von unmittelbar relevanten Themen, wie zur konkreten Hilfe für Flüchtlinge vor Ort oder die Vermittlung von Grundlagenkenntnissen über Asyl und Asylrechte, die Schaffung von Möglichkeiten der unmittelbaren Kommunikation mit Menschen mit Migrationshintergrund bis hin zu Informationsveranstaltungen über die Lebens- und Denkweisen in den Regionen, aus denen die Menschen nach Deutschland fliehen, reichen. DIE LINKE. Sachsen schärft damit ihr antirassistisches Profil und tritt konsequent gegen menschenfeindliches Denken und Handeln auf. Wir zeigen, dass wir die Partei der Flüchtlingshelfer sind.*

Wir wissen, dass wir dafür auch auf erheblichen Widerstand stoßen, dass wir selbst zu Zielen des menschenfeindlichen Hasses werden - ob durch verstärkte Angriffe auf unsere Versammlungs- und Arbeitsräume oder auf uns als öffentlich erkennbare LINKE. Dies war nicht nur in den vergangenen Wahlkämpfen bemerkbar, ebenso wie die Ankündigung, uns wegen unserer politischen Positionen auf diesem Themenfeld nicht mehr zu wählen. Allerdings ist unsere politische Position, die im Erfurter Programm wie folgt formuliert ist „Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.“ kein Gegenstand wahlarithmetischer Erwägungen. Die Aufgabe für DIE LINKE besteht darin, klar und konsequent Haltung zu zeigen und sich nicht vermeintlichen Mehrheiten anzubiedern. Denn wir kämpfen um Mehrheiten für eine andere Gesellschaft, in der ein Leben in Menschenwürde für alle möglich ist.

DIE LINKE Sachsen steht auf dem Boden der friedenspolitischen Positionen des Parteivorstandes und des Erfurter Programms der LINKEN. DIE LINKE unterstützt mit allem Engagement die Aktivitäten der Friedensbewegung und der antimilitaristischen Initiativen gegen Krieg. DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die sich aus Sorge um eine weitere Eskalation zum Beispiel im Ukraine-Konflikt friedenspoli-

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

tisch engagieren und ihren Protest auf die Straße tragen. Der Markenkern der LINKEN enthält an zentraler Stelle die Friedenspolitik, den Kampf gegen Kriege und das Ringen um weltweite Abrüstung. Auch im Landesverband Sachsen wollen wir verstärkt auf diesem Politikfeld tätig werden und über die Ebene des außerparlamentarischen symbolischen und des Solidarhandelns mit Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements hinaus bei Organisation und Teilnahme von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen aktiv werden. Deshalb unterstützen wir jeden Ansatz für Antikriegsbündnisse und Zusammenarbeit mit Basisinitiativen, Friedensgruppen und anderen demokratischen Kräften, um dem Friedenswillen öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen.

DIE LINKE will keine NATO-Eingreiftruppe in Sachsen! Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen: Wir schlagen vielmehr vor, Konversionskonzepte für den Standort zu entwickeln. Damit wollen wir sowohl Abrüstung aber auch die Stärkung der zivilen Wirtschaftskraft in der Region vorantreiben. Zum Beispiel wäre der Aufbau eines THW-Standortes in gleicher Größenordnung ein angemessener Beitrag dazu. DIE LINKE Sachsen wird dazu parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen starten, um eine öffentliche Debatte zu befördern.

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Ukraine wird noch lange anhalten und damit auch die Kriegsgefahr. DIE LINKE wird aus der Gesellschaft heraus entstehende Initiativen und Protestbewegungen und die daran Beteiligten in jedem Einzelfall individuell und differenziert betrachten und beurteilen. DIE LINKE distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten, die die Sorge vor Krieg und Eskalation zum Anlass nehmen, um auf „Montagsmahnwachen“ oder „Montagsdemonstrationen“ rechtspopulistische Welterklärungsmuster und „Querfront“-Strategien salonfähig zu machen. DIE LINKE wird mit diesen Kräften unter keinen Umständen zusammenarbeiten. Was als „überparteilich“ dargestellt wird, ist am Ende nicht selten die Propagierung von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Homo-/Transfeindlichkeit. Das lehnen wir ohne Wenn und Aber ab. DIE LINKE wird alles unternehmen, um durch Aufklärung und Informationsarbeit auf den rechtspopulistischen Charakter dieser Veranstaltungen und der Rhetorik der Organisatoren der „Montagsdemonstrationen“ hinzuweisen. Anstatt der Verklärung und Verwischung der existierenden Widersprüche in unserer Gesellschaft den Boden zu bereiten, setzen wir auf einen klaren Trennungsstrich gegenüber den unter „Kapitalismuskritik“ firmierenden rechten und neurechten Ideologien. Diese sind letztlich nichts anderes als die Konstituierung von „Sündenböcken“ in der Rhetorik der Kapitalistenkritik, die auch im rechten und nationalistischen Diskurs eine lange Tradition hat. Das am 8. Mai 2015 auch die NPD mit ihrer Kampagne „Frieden, Freiheit, Souveränität“ auf diesen Zug aufgesprungen ist, ist nur ein weiterer Beleg für die Notwendigkeit, klar Position zu beziehen. „Kein Fußbreit den Faschisten“ muss auch und gerade in der Friedensbewegung gelten.

5. LINKE Politik für den ländlichen Raum

Besonderes Augenmerk müssen wir in den kommenden Jahren darauf legen, für die Regionen außerhalb der ganz großen Städte attraktive und realistische Politikangebote zu entwickeln. Dabei wollen wir auf der Ebene der Landkreise mit an linken Zukunftskonzepten arbeiten, welche Perspektiven aufzeigen, uns aber auch in den Kommunen mit konkreten Vorstellungen und Vorschlägen einbringen. Im Mittelpunkt steht dabei für uns immer ein politischer Dialog mit den Menschen. Es wird nicht möglich sein, nur das eine Konzept für den ländlichen Raum zu entwerfen. Dafür sind die sächsischen Regionen zu unterschiedlich und in sich zu heterogen. Uns ist deshalb eine sehr konkrete, ortsbezogene und kleinteilige Herangehensweise wichtig, welche lebensweltliche Anknüpfungspunkte bietet und den Bedürfnissen nach gleichwertigen Lebensbedingungen gerecht wird. Darin liegt die eigentliche Herausforderung.

5.1. Tätigkeit und Leben im ländlichen Raum müssen vereinbar sein

Zum Leben des Menschen gehört eine Tätigkeit, die nicht nur reiner Broterwerb ist, sondern in gewissem Maße auch erfüllen soll. Dies steht und fällt nicht nur mit angemessenen Arbeitsbedingungen, sondern auch mit einer ordentlichen Vergütung. Die Niedriglohnstrategie der CDU der letzten 25 Jahre stellt uns

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

gerade jetzt in den ländlichen Räumen vor Scherbenhaufen. Das Lohnniveau ist so niedrig, dass viele Aufstocken müssen, um überhaupt über den Monat zu kommen. Und es ist ein endloser Kreislauf. Niedrige Einkommen, geringe Kaufkraft - ein Schleife, aus der ohne arbeitsmarktpolitische Interventionen nicht rauszukommen ist. Die Kaufkraft durch ordentliche Bezahlung wiederum ist eine wichtige Bedingung für Lebensqualität und regionale Wirtschaftskreisläufe. Wenn Ausflüge ins urbane Leben möglich sind, dann ist evtl. auch das Leben im ländlichen Raum attraktiver. Es ist Kaufkraft nötig, um einheimischen Produkten den Vorzug zu geben.

Kurz: Wir brauchen arbeitsmarktpolitische Programme für die ländlichen Regionen in Sachsen, aber auch eine Perspektive die über die klassischen Grenzen des ersten Arbeitsmarktes hinausweist.

5.2. Infrastruktur – Abstrakter Begriff und konkrete Lebenswirklichkeit

Das Leben auf dem Lande bietet im Vergleich zum städtischen Alltag auch Vorteile. Erholung direkt vor der Haustür, mehr Zusammenhalt untereinander, Ruhe vom stressigen Arbeitsleben, weniger Lärm-, Licht-, und Luftverschmutzung usw. Unter anderem deshalb wollen viele auch perspektivisch in diesen Räumen leben.

Ob Menschen ihr Leben im ländlichen Raum noch lebenswerter gestalten können, hängt nicht zuletzt von der vorhandenen Infrastruktur ab. So ist beispielsweise die Frage der Mobilität entscheidend für die Möglichkeit, einen Wohnort im ländlichen Raum mit dem Arbeitsplatz und attraktiven kulturellen Angeboten zu verknüpfen. Das bedeutet, dass die Landkreise und Gemeinden hier Lösungen für attraktiven ÖPNV anbieten müssen.

Menschen brauchen Orte des Lebens und Orte des Treffens. Für den ländlichen Raum sind das nicht zuletzt beispielsweise Gast- oder BürgerInnenhäuser, die es zu erhalten und als generationenübergreifende Angebote zu etablieren gilt.

Zu attraktiven Lebensräumen gehören auch Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Dabei muss der ländliche Raum nicht zwangsläufig in Konkurrenz mit Großstädten treten - kann er auch nicht, denn ein solch geballtes kulturelles, sportliches Angebot bzw. Freizeitangebote auf engstem Raum wird in der Fläche nicht abzusichern sein. Aber dennoch bedarf es einer Grundstruktur. Diese muss allen Altersgruppen gerecht werden, kann und sollte auch generationenübergreifend gestaltet werden. Genau das macht den Zusammenhalt in ländlichen Regionen aus. Dabei können zum Beispiel auch touristische Angebote mit denen für die in der Region lebende Bevölkerung verknüpft werden. Der ländliche Raum und die großen und sehr großen Städte müssen stärker in eine Wechselwirkung zueinander treten. Eine solche Verquickung als Zentrum und Peripherie, in der beide zueinander in einem funktionalen Zusammenhang stehen, ist die Voraussetzung für eine dauerhafte positive Entwicklung vor allem des ländlichen Raumes.

Um in einer Region zu bleiben, bedarf es perspektivisch eines ausreichenden Angebotes gesundheitlicher Versorgung. Ärzte und Fachärzte sind genauso notwendige wie eine ausreichende Anzahl an Pflegekräften. Derzeit ist weder vom Freistaat Sachsen, noch von den Landkreisen eine ernsthafte Auseinandersetzung und konzeptionelle Arbeit hinsichtlich des Ärzte- und Pflegepersonalmangels zu sehen - von vorsichtigen Versuchen, wie Förderstipendien für angehende Ärzte mal abgesehen. Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung ist eine weitere entscheidende Bedingung für ein gutes Leben im ländlichen Raum. Zumal dies nicht nur ein Problem der Älteren ist, die sich einen würdevollen Lebensabend verdient haben. Sondern diese Frage ist auch für junge Menschen und Familien entscheidend, wenn sie überlegen, wo sie leben und bleiben wollen.

Und all dies selbstverständlich barrierefrei und inklusiv.

Schulen und Kitas sind wichtige Faktoren für Familien, um sesshaft zu werden. Eine gute Betreuung von Kindern ist zudem ein essenzieller Grundstein, um Männern und Frauen die Wahl zu geben, ob und wie sie Familienleben mit Beruf vereinbaren. Nach wie vor sind in überwältigender Mehrheit Frauen hauptsächlich für die Betreuung und Erziehung von Kindern zuständig. Wenn also das Netz von Kitas und Schulen unzureichend ist, sind es zuallererst Frauen, die im Berufsleben kürzer treten und damit die Spirale der Einkommensungleichheit und Abhängigkeit verstärken.

Es kann nicht sein, dass in den ländlichen Regionen mehr und mehr freien Schulen die Versorgungsaufgabe staatlicher Schulen übernehmen. DIE LINKE Sachsen will ein Schulnetz, welches wohnortnahe Bil-

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

derung für Kinder und Jugendliche sicherstellt, auch im ländlichen Raum. Dabei setzen wir auf das Konzept der Gemeinschaftsschulen, da Schule nicht nur Lernorte, sondern auch Orte der Kultur, der Begegnung und des sozialen Miteinanders sind. Insbesondere im ländlichen Raum stehen wir für die Zulässigkeit der Einzügigkeit. Beides in Verbindung wird viele Schulstandorte in den ländlichen Regionen Sachsens sichern. Dennoch sind, solange sich die Staatsregierung hier nicht prinzipiell konzeptionell bewegt, freie Schulen eine sinnvolle Alternative und werden von uns dann unterstützt, wenn sie den Schulstandort und damit Lebensqualität von Familien vor Ort sichern. Allerdings müssen alle Bildungsangebote kostenfrei und konfessionsneutral sein.

5.3. Ungeregelte Unternehmens- und Praxisnachfolgen

Insbesondere in den ostdeutschen ländlichen Regionen werden Unternehmens- und Praxisnachfolgen zum Problem. Familienbetriebe werden nicht von den nachfolgenden Generationen übernommen, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Gerade aber die kleineren Betriebe stellen einen erheblichen Teil an Infrastruktur im ländlichen Raum. Wenn diese wegbricht, wird Leben im ländlichen Raum noch unattraktiver. Auch hier ist konzeptionelle Arbeit nötig. Neben der Schaffung und dem Erhalt von Rahmenbedingungen und Infrastruktur sollte es hier Förderprogramme geben. Das gleiche gilt für die Praxisnachfolge.

Hier reichen vermutlich auch keine Anreize, die zwei Jahre andauern, sondern es braucht ganzheitlicher Ansätze. Bereits in Berufsausbildung und Studium sollte für den ländlichen Raum geworben werden und auch die Ausbildung den Besonderheiten entsprechend ausgerichtet werden. Weiterhin müssen diejenigen, die einen Start in ländlichen Regionen wagen, auch die Gewähr haben, dass die Rahmenbedingungen stabil bleiben, angefangen bei ausgebildeten Arbeitskräften, weitergehend über Unterstützung bei der Nutzung bestehender Förderprogramme, aber auch Beratungen, in Zeiten, in denen die Geschäfte nicht so gut laufen.

5.4. Regionale Wirtschaftskreisläufe

Parteiübergreifend wird seit Jahren die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe beschworen. Die zu beantwortende Frage ist die der konkreten Umsetzung. Welche Möglichkeiten hat der Freistaat, um das zu unterstützen? Wie können die Landkreise aktiv werden? Welche Rolle spielen die vergleichsweise niedrigen Einkommen im ländlichen Raum? Wie schafft man es, auch bei den in den Regionen lebenden Menschen mehr Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Dienstleistungen und Produkte aus der Region bezogen werden müssen? Reichen dafür wirklich Imagekampagnen oder bedarf es mehr? Wir brauchen hier Ansätze und Konzepte, denn auch die wirtschaftliche Schere zwischen Stadt und Land darf nicht noch weiter auseinander klaffen. Und wenn wir unseren Ansatz, dass wir Politik mit den Menschen für die Menschen machen wollen, ist es oberstes Gebot, auch über wirtschaftliche Strukturen in den ländlichen Regionen tiefgreifender als bisher zu reden.

5.5. Beteiligung von Menschen und breite Information

In ländlichen Räumen hat man das Gefühl, dass sich Politik und Verwaltung miteinander zurecht geschaukelt haben. Man kennt sich über Jahre persönlich und will sich auch nicht wehtun. Aber genau das tut Entwicklung in den Regionen weh und am der Gesellschaft im ländlichen Raum. Politik im Meinungsstreit zu entwickeln hat das letzte Mal vermutlich vor 20 Jahren stattgefunden. Eher zeichnet sich ein Bild, dass alle ihre Pflicht tun und mehr oder weniger ratlos sind.

Hier müssen wir als LINKE aktivieren und im Meinungsstreit, Austausch und Debatte mit unseren Positionen informieren und Licht ins Politikdunkel bringen. Barrierefreie Landkreisinformationssysteme, die Menschen allen Alters gerecht werden und die Mindeststandards an Transparenz entsprechen, sind ein interessanter Ansatz.

Teil der Strategie des Landesverbandes der LINKEN stärker akzentuiert sozialistische Minderheitenpolitik sein. Minderheitenpolitik in Sachsen ist in ihren Auswirkungen weder auf das Land begrenzt, noch am Rande politischen Geschehens angesiedelt; und weder für die Gesellschaft insgesamt und die Partei selbst eine Nebensache, mit der man sich gelegentlich schmücken kann. Sie ist eine originäre Kernaufgabe.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

5.6. Junge Menschen und Landleben – geht das noch zusammen?

„Ich mag die Tiere nachts im Wald/Wenn sie flüstern, dass es schallt/Aber hier Leben? Nein, danke.“ (Tocotronic, 2005) In ländlichen Regionen wird viel über junge Menschen geredet, aber nicht mit ihnen. Das ist problematisch, weil es keine Befragungen, Erhebungen und Debatten dazu gibt, was sich der jüngere Teil der Bevölkerung von ihrer Region wünscht, was sie überzeugen könnte, zu bleiben. Das macht es aber auch schwer, qualifizierte Aussagen über junge Menschen in den ländlichen Regionen zu treffen und wir müssen uns auf subjektive Einschätzungen beziehen. Zudem gibt es für viele junge Menschen nach Abschluss der Schule kaum Perspektiven, in ihrer Region zu bleiben. So sind sie gezwungen wegzugehen, sei es der Ausbildung oder des Studiums wegen. Jene, die vor Ort bleiben, werden in eine Art „Os-si-Loser“ Image gedrängt: „Ich bin aus Karl-Marx-Stadt/Bin ein Verlierer, Baby/Original Ostler“. (Kraftklub, 2011) Vermehrt junge, gebildete (vor allem linke) Menschen zieht es in die größeren Städte, auch außerhalb Sachsens. Die im ländlichen Raum verbleibenden jungen Menschen sehen sich täglich dem Einfluss einer stark rechtskonservativen bis nazistischen Umgebung konfrontiert. Menschenfeindliche Ressentiments sind Alltag. Oft macht es die Situation einfacher, eine Mentalität zu leben, in der man sich im eigenen Haus oder dem Schrebergarten verzieht und die Welt nicht an sich heran lässt. Dies sind Probleme, welche sich nicht allein durch Schaffung einer verbesserten Infrastruktur oder attraktive Freizeitangebote lösen lassen, sondern verstärkter Bildungs- und Aufklärungsarbeit bedürfen. Dabei lohnt es sich, aus den Erfahrungswerten verschiedener gemeinnütziger Vereine zu schöpfen und deren Arbeit zu unterstützen. In manchen Regionen Sachsen ziehen insbesondere auch jüngere Frauen vermehrt weg, weil sie z.B. keine Beschäftigung finden. Dementsprechend müssen die Bedürfnisse von Frauen und die Entwicklung von ernsthaften Perspektiven für den weiblichen Teil der Bevölkerung bei allen zu bearbeitenden Politikfeldern im Besonderen mitgedacht werden. Wer möchte, dass auch junge Menschen in der Kommunalpolitik eine Rolle spielen, muss auch dafür sorgen, dass junge Menschen selbst kommunalpolitisch aktiv sein können. Das gelingt auch uns noch zu selten. An vielen Orten finden wir auch mit viel Mühe häufig keine Kandidat_innen. Doch selbst dort, wo wir junge Menschen bewegen können, mit Unterstützung der Genoss_innen vor Ort auf aussichtsreichen Listenplätzen unserer Partei zu kandidieren, werden diese teilweise nicht gewählt.

Viele Wähler_innen geben häufig verdienten und bekannten älteren Genoss_innen unserer Partei ihre Stimme und wählen diese damit „nach oben“, während teilweise auch weit oben platzierte jüngere Genoss_innen nach unten rutschen. Gleichzeitig sind diese Unterstützungskandidaturen bekannter Genoss_innen für das jeweilige Gesamtergebnis sehr wichtig und helfen letztlich allen Kandidierenden - auch den jüngeren. Wir müssen also überlegen, wie wir diesen wahltaktischen Widerspruch für uns so auflösen können, dass eine Erneuerung von Kommunalfraktionen für alle gewinnbringend möglich ist. Hier sind unsere Kreistagsfraktionen, die Gemeinderäte, aber auch die Landtagsfraktion gefragt.

5.7. Neue Debatte über Gemeingüter

Für die städtischen Räume werden derzeit sehr linke und progressive Debatten geführt, zum Beispiel zu Gemeingütern oder der Allmende als eine Rechtsform des gemeinschaftlichen Eigentums. Dort ist diese Diskussion im linken Spektrum schon sehr weit vorgedrungen. Im ländlichen Raum spielen solche Ansätze bisher kaum eine Rolle. Diesen Ansätze einen breiteren Raum in unserer Politikentwicklung zu geben um daraus ggf. Lösungen für einige der Probleme im ländlichen Raum zu entwickeln, kann eine Aufgabe der nahe liegenden Zukunft sein.

Einfach ist die Debatte um Gemeingüter für uns LINKE nicht, denn die Logik dieser Debatte fußt beispielsweise einer Vorstellung von weniger Staat. Aber eben zugleich auch auf weniger Markt und mehr Gemeinschaft - diese beiden Gedanken sind uns sehr nahe. Es geht darum, jenseits von Markt und Staat Entfaltungsmöglichkeiten für den Einzelnen und gleichzeitig auch bessere Lebensqualität für alle zu bieten. Der Grundgedanke der Allmende hingegen bezeichnet Gemeinschafts- oder Genossenschaftsbesitz abseits von ausgewiesenen landwirtschaftlichen Nutzflächen zum Beispiel. Die Allmende ist im Grunde Teil des Gemeindevermögens, der in Büchern nicht auftaucht, aber von allen genutzt wird. Darunter fallen abseits gelegene Wege, Wälder oder auch der Löschteich.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Unter dieser Idee finden sich Nahversorgungsläden, die von Bürger_innen z.B. genossenschaftlich betrieben werden, um die Infrastruktur zu erhalten. Diese Vereins- und Genossenschaftsstrukturen werden im österreichischen Raum von Land und Gemeinden unterstützt und durch finanzielle Beiträge aus der Bevölkerung getragen. In ganz Europa bauen mehr und mehr Menschen eine sog. solidarische Landwirtschaft in Form von Genossenschaften von unten auf und schaffen Ernährungssouveränität - weil sie nicht warten wollen, bis sich Politik ihren Problemen zuwendet. Auch wenn wir LINKE zuerst den Staat in der Pflicht sehen, sollten wir aufgeschlossen sein gegenüber solchen Selbstermächtigungsmodellen und diese Debatte auf den ländlichen Raum übertragen.

5.8. Klamme Kassen als Verhinderer – nicht mit uns

Seit Jahren werden die Kreise und Gemeinden ausgeblutet. Kein Wunder, dass landauf landab Probleme entstehen. Wir LINKEN haben hier die Aufgabe, wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken, dass ländliche Regionen eine ausreichende Finanzausstattung brauchen. Diese wird gebraucht für Vereine, für den Sport, für kulturelle Angebote an alle Generationen - für die Gestaltung eines attraktiven Lebens im ländlichen Raum. Dabei ist die schwarze Null nicht unser Gebot der Stunde, sondern das, was vor Ort nötig ist. Die Parteidisziplin von CDU-Landräten und Bürgermeister_innen, unbedingt ausgeglichene Haushalte vorlegen zu wollen, schaden Sachsen und seinen Regionen auf lange Sicht. Damit wird an notwendigen Investitionen gespart, welche für die Attraktivität des ländlichen Raum unabdingbar sind und für die Lebensqualität notwendig. Auch hier sind wir wieder bei Fragen des OPNV, Schulen, Kitas usw. Das müssen wir deutlicher benennen und gegen den Strom schwimmen. Es braucht mehr noch Finanzrahmen, über die die Menschen in den Regionen entscheiden können, wo sie ihre Prioritäten setzen können, mit Hilfe derer bürgerschaftliches Engagement befördert wird und wieder Entscheidungsbefugnisse an Menschen delegiert wird, die sich nicht zur Wahl gestellt haben.

5.9. LINKE Kreispolitik

Wir brauchen Dynamik und Schwung in den Debatten für den ländlichen Raum und wir sollten mutige Forderungen aufmachen und mutige Konzepte entwickeln. Denn die meisten Dinge sind machbar, wenn alle Ebenen zusammen wirken. Weiterhin darf Kreispolitik keine „Politik der Gemeinderäte oder Bürgermeister_innen“ im Kreistag sein, sondern muss sich auf den gesamten Kreis fokussieren. Nach wie vor liegt hierin eine Herausforderung, die sich mit der Funktional- und Verwaltungsreform nochmals verschärft hat.

Wir müssen aufzeigen, wie es besser geht und brauchen uns dabei nicht an den Sachzwängen der Regierenden orientieren, sondern weiterhin an unseren linken Leitbildern. Dafür bedarf es Akteur_innen vor Ort, auf deren Suche wir uns stärker begeben müssen, denn die einstimmig beschlossenen Personalentwicklungskonzepte waren nur bedingt fruchtbar. Innerparteilich brauchen wir hier dezentrale Ansätze, um wieder politische Akteur_innen einzubinden, die auch in Zukunft DIE LINKE-Fahne hoch halten. Wir sind diejenigen, die informieren, bürgernah Informationen aufbereiten und zur Verfügung stellen, kritisch hinterfragen. Wir sind diejenigen, die Menschen einbinden und mitnehmen.

Es macht den Anschein, als ob Frauen sich politisch in anderer Art und Weise als Männer, nämlich sehr konkret vor Ort einbringen. Dafür binden sie sich weniger stark an politische Organisationen. Auch hier liegt für uns eine Chance, denn mit einer Ermöglichungshaltung und der politischen Beachtung der Bedürfnisse des weiblichen Teils der Bevölkerung können wir hier handlungsstarke Akteur_innen gewinnen. Gerade im ländlichen Raum ist Politik oft eine Männerdomäne - das muss so nicht bleiben.

Kommunalpolitik muss nicht langweilig sein. Schon allein das innerliche Entziehen vom Sachzwangargument verschafft uns Freiheit und Potentiale für innovative Ideen.

Projekt: Verankerung und inhaltliche Debatte im Ländlichen Raum

1. Um die Verankerung der LINKEN in den Flächenkreisen zu erhalten bzw. wieder neu zu strukturieren, wird der Landesvorstand damit beauftragt, anknüpfend an die Wahlauswertungen der Kreisverbände sowie dort stattfindenden Debatten gemeinsam mit den jeweiligen Kreisverbänden regionale Konzepte zu erarbeiten, wie wir gesellschaftliche Akteur_innen an uns binden und für LINKE Politik begeistern können.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

2. Weiterhin werden der Landesvorstand und die Kreisverbände beauftragt, Methoden zu finden, wie wir inhaltliche Debatten in den Flächenkreisen entwickeln und führen können und wie es uns gelingen kann, gesellschaftliche Diskurse zu relevanten Fragestellungen vor Ort anzustoßen. Dabei kann der Landesvorstand nur einen Rahmen entwickeln, der dann auf die Kreise bzw. Regionen heruntergebrochen wird. Ziel muss es sein, Perspektiven der Kreise unter den Prämissen der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität, der Zukunftsfähigkeit zu diskutieren.
3. Für diese beiden Schwerpunkte sollte der Landesvorstand bis Mitte 2016 erste Anknüpfungspunkte gemeinsam mit den Kreisverbänden entwickelt haben.

6. Außerparlamentarische Verankerung

Auch auf dem Gebiet der außerparlamentarischen Verankerung ist das Programm unserer Partei richtungsweisend für die vor uns stehenden Aufgaben. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Gedanke, dass sich DIE LINKE entsprechend des Erfurter Programms als „lernende Partei“ versteht. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Politik gestalten. Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten umsetzen können. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit muss sich DIE LINKE verstärkt bemühen, Menschen, die ins soziale Abseits gedrängt wurden, aus ihrer gesellschaftlichen Isolation zu holen und sie für die Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben zu gewinnen oder wiederzugewinnen. Von sozialer Not Betroffene müssen erleben, dass die Linkspartei vielen von ihnen helfen kann, ihre Lebenssituation zu verbessern, z.B. dadurch, dass sie sie über ihre Rechte informiert und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützt. Das kann auch ihr Selbstvertrauen stärken und ihr Verständnis für linke Politik wecken oder vertiefen. Das Projekt "Links hilft" ist dabei ein wichtiger Ansatz: Partei- und Abgeordnetenbüros sollen umfassender für Sozial- und Rechtsberatung genutzt und damit verstärkt als öffentliche Stätten und Anlaufpunkte für sozial Benachteiligte wahrgenommen werden. Landesvorstand und Kreisvorstände sollen in Zusammenarbeit mit unseren Landtagsabgeordneten, den sächsischen Bundestagsabgeordneten und ihren Mitarbeitern dafür die Voraussetzungen schaffen.

Außerdem wollen wir Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen, eigene entwickeln und breite gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. Die Chance über barrierefreie und inklusiv gestaltete Konzepte eine breitere Basis der Bevölkerung ansprechen zu können, darf dabei nicht unberücksichtigt bleiben. Ein politischer Richtungswechsel und gesellschaftliche Veränderungen lassen sich auch auf der Ebene eines Bundeslandes nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich.

Wir arbeiten auch in Sachsen für ein Bündnis, welches sowohl Lohnabhängige und sozial Benachteiligte wie bedrohte Mittelschichten und andere sozial, feministisch, libertär und humanitär orientierte Milieus anspricht. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig arbeitender, erwerbsloser und diskriminierter Menschen im Freistaat und ihren konkreten Problemen aus. Dieses Bündnis muss Gewerkschaften, globalisierungskritische und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken umfassen. Wir unterstützen Zusammenschlüsse gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und wollen mit allen zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, für bessere Bildung, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und für den Erhalt der Natur einsetzen. Auf Grundlage solcher Bündnisse und ihrer Aktivitäten kann der außerparlamentarische Druck entstehen, der die Interessen vieler Bevölkerungsgruppen artikuliert. DIE LINKE ist in Sachsen sowohl auf Landesebene als auch in vielen Städten und Gemeinden immanenter Bestandteil solcher Bündnisse der außerparlamentarischen Bewegungen. Dieses Wirken muss auch in Zukunft beibehalten und nach Kräften ausgebaut werden. Das ermöglicht uns, entsprechende Initiativen in die Parlamente zu tragen, um dort glaubhaft um Mehrheiten ringen zu können. Deshalb ist für DIE LINKE weiterhin das Außerparlamentarische das Entscheidende im Wechselspiel mit dem Parlamentarischen.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Für die Durchsetzung eines politischen Richtungswechsels und einer solidarischen Umgestaltung brauchen wir starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie agieren nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern sind auch in der Arbeitswelt verankert. Dies verleiht den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist. Soziale Bewegungen mit ihren beweglich agierenden, kampagnenfähigen Netzwerken und unabhängigen Strukturen haben ebenfalls eine herausragende Bedeutung für die Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen.

Selbstverständlich beteiligen wir uns nur an solchen außerparlamentarischen Bewegungen und Aktivitäten, die mit unseren im Erfurter Programm benannten Zielen und Grundwerten vereinbar sind.

Diese sind vor allem also:

- *der Kampf für eine Gesellschaft, in der kein Mensch in Armut leben muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können*
- *die Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden*
- *die individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität. Überwindung der Dominanz des Profits und die Schaffung verlässlicher und guter Lebensbedingungen als*
- *das Ziel des Wirtschaftens sowie Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur*
- *der Einsatz für einen freien Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur als eine Grundlage für Solidarität, Empathie- und Demokratiefähigkeit*
- *der Einsatz für Verhältnisse, in denen die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.*

Auch künftig werden wir aktiven Widerstand gegen Menschenfeindlichkeit, Kriegsverherrlichung, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit oder jegliche andere Formen von extrem rechtem Denken und Handeln leisten.

DIE LINKE Sachsens muss sich in Zukunft wieder wesentlich stärker außerparlamentarisch verankern. Dabei muss sie Defizite und Versäumnisse der letzten Jahre, die nicht zuletzt zu sinkenden Wahlergebnissen geführt haben, weiter gründlich analysieren. Nur selbstkritische Einsichten und Schlussfolgerungen können das unerlässliche strategische Umsteuern bewirken. Dabei kann unter Beachtung heutiger und künftiger Herausforderungen an bereits früher gewonnene vielfältige Erfahrungen, die in den letzten Jahren leider viel zu wenig Beachtung fanden, angeknüpft werden.

Wenn DIE LINKE gesellschaftliche Veränderungen erreichen will, wird dies allein über parlamentarische Initiativen wohl nicht gelingen. Vielmehr muss es außerparlamentarischen Druck geben, der die Interessen relevanter Bevölkerungsgruppen artikuliert. Insofern muss DIE LINKE unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit zum immanenten Bestandteil außerparlamentarischer Bewegungen werden, ohne daraus einen Führungsanspruch abzuleiten. Erst dies ermöglicht es ihr, entsprechende Initiativen in die Parlamente zu tragen, um dort glaubhaft um Mehrheiten ringen zu können. Deshalb ist für DIE LINKE das Außerparlamentarische das Entscheidende im Wechselspiel mit dem Parlamentarischen.

DIE LINKE setzt sich weiterhin vor allem für die Interessen der Lohnabhängig Beschäftigten sowie der Benachteiligten, Ausgegrenzten und Diskriminierten aller Generationen ein. Dies sind mit weitem Abstand die meisten Menschen in diesem Land! Nur in diesem Sinne begreifen wir uns als eine Volkspartei und eben nicht im herkömmlichen Sinne mit vermeintlichem Anspruch der Interessenvertretung aller Bevölkerungsschichten und dem Bestreben, in die politische Mitte der Gesellschaft rücken zu wollen. Weil wir aber eben nicht am Rande der Gesellschaft stehen, sondern die Interessen so vieler gesellschaftlicher Gruppen, die insgesamt die Mehrheit der Bevölkerung bilden, weil wir die Ausweitung der demokrati-

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

schen Beteiligungsrechte durch Volks- und Bürger_innenentscheide betreiben, können wir in Anspruch nehmen, die Partei für die Mehrheit der Menschen im Land zu sein. Als demokratisch-sozialistische Partei ist dies eine unserer wichtigsten Aufgaben. Da DIE LINKE allein nicht in der Lage ist, die notwendigen Veränderungen im Sinne eines wirklichen Politikwechsels in Sachsen zu bewirken, bedarf es einer konstruktiven und zugleich differenzierten Bündnispolitik, die sich bewusst auf die außerparlamentarische Arbeit konzentriert. Im Verhältnis zu anderen Parteien, zu denen es am ehesten programmatische Schnittmengen gibt, betonen wir unser eigenes politisches Profil und das Stärken unserer gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten. Im Kampf gegen Diskriminierung und erstarkendes menschenfeindliches Denken und Handeln, im Kampf um die Verteidigung der Demokratie, im Kampf um die Rechte der Arbeitnehmer_innen und in ähnlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen suchen wir selbstverständlich auch das Bündnis mit diesen Parteien. Wir streben eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, mit Zusammenschlüssen gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit an und wollen mit allen zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, für bessere Bildung, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und für den Erhalt der Natur einsetzen, ohne dass wir deren Positionen vollständig übernehmen müssten.

Zur Abstimmung auf dem Landesparteitag ff. Einfügung / Ergänzung:

Insbesondere das Prinzip der Sozialpartnerschaft, zu dem sich der DGB und die dem DGB angehörenden Gewerkschaften bekennen, wird von der LINKEN. Sachsen abgelehnt. Unter diesem Etikett werden die Klassenverhältnisse verschleiert, die objektiven Interessengegensätze zwischen Arbeiter_innenklasse und Bourgeoisie werden durch Konsenspolitik vermeintlich gelöst und offene Konflikte eingedämmt. Die Sozialpartnerschaft hemmt die Klassenauseinandersetzungen, die zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung notwendig sind. Die Mitglieder der LINKEN Sachsen, die in Gewerkschaften aktiv sind, wirken langfristig daran, dass gewerkschaftliche Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft zu beenden.

Die Gewerkschaften sind die wichtigsten Interessenvertreter der lohnabhängig Beschäftigten und verdienen unsere grundsätzliche Solidarität ebenso wie die unter oftmals schwierigen Bedingungen kämpfenden Initiativen und sozialen Bewegungen, die sich für die Interessen der an den Rand gedrängten Menschen einsetzen. Deshalb sollten unsere Mitglieder dort verankert sein und durch ihr aktives Mitwirken linke Positionen dort vertreten, ebenso aber auch durch dieses Wirken die Positionen unserer Partei weiterentwickeln. Vor allem unseren Abgeordneten und Funktionsträg_innen empfehlen wir, einer Gewerkschaft und den benannten Initiativen und sozialen Bewegungen anzugehören und dort aktiv mitwirken. Das schafft Vertrauen und zugleich die Möglichkeit zur Gewinnung von Mitgliedern und Sympathisant_innen für DIE LINKE.

Darüber hinaus muss es uns darum gehen, unsere Präsenz in Sozialverbänden und -vereinen auszubauen und dort unsere Inhalte zu vertreten und für die Übernahme von Funktionen zur Verfügung zu stehen. Gleiches gilt für Zusammenschlüsse im Sport-, Kultur-, Bildungs- oder Umweltbereich. Insbesondere vor Ort dürfen wir das Feld nicht länger der CDU überlassen, die bekanntlich selbst in Initiativen, die eigentlich nicht ihren politischen Grundsätzen entsprechen, Funktionen ausübt.

Das minderheitenpolitische Wirken der Landespartei auf allen Ebenen ist im Einklang mit Programm und Statut sowie im Hinblick auf die Selbstbestimmung des Zusammenschlusses der sorbischen Mitglieder Sorbische Linke /Serbska lèwica zu qualifizieren. Bemühungen der Sorb_innen zur Bewahrung, Pflege und Weiterentwicklung ihrer Sprache und Kultur sowie zur Selbst- und Mitbestimmung ihrer grundlegendsten nationalen Interessen werden durch die Landespartei und ihre Gliederungen unterstützt.

7. Abschluss

Von Gesellschaft, von Menschen, von Arbeitnehmer_innen wird immer wieder erwartet, dass sie sich verändern und an die Bedingungen im Hier und Jetzt anpassen. Nun muss man das nicht immer gut finden, aber es ist der Lauf der Zeit. Für uns als LINKE in Sachsen bedeutet das, kritisch zu hinterfragen,

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

inwiefern wir uns an die Gegebenheiten anpassen. Hier kann man der Auffassung sein, dass gerade von uns erwartet wird, dass wir uns nicht „verbiegen“. Mit der Zeit zu gehen, bedeutet für uns gerade nicht, sich zu verbiegen, denn es ist Bestandteil unserer Grundansichten, unserer Programmatik, dass Gesellschaft sich verändert und wir uns dieser stetigen Herausforderung stellen. Im Erfurter Programm bezeichnen wir uns deshalb als „lernende Partei“.

Wir wollen eine andere Politik. Das bedeutet auch, dass wir innerparteilich anders sein müssen, als andere Parteien. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, ob wir unsere gesellschaftlichen Veränderungsforderungen, die wir richtigerweise aufmachen, auch innerparteilich leben. Wir haben keine Angst vor mehr direkter Demokratie – diese sollten wir auch in den eigenen Reihen leben. Wir haben keine Angst vor der Digitalisierung der Gesellschaft, wenngleich wir vor ihren Auswirkungen warnen und wissen, dass die Politik derzeit keine angemessenen Antworten anbietet. Die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation auch mehr für das innerparteiliche Leben zu nutzen ist notwendig und muss auch nicht gleichbedeutend damit sein, dass wir den älteren Teil der Mitgliedschaft abhängen. Im Gegenteil, unsere Partei ist das beste Testfeld, klassische Methoden der Mitbestimmung mit modernen zu verbinden – ohne dabei das eine gegen das andere auszuspielen. Barrierefreiheit ist dafür eine weitere Bedingung.

Weiterhin müssen wir als Partei der Zukunft auch damit beginnen, dass wir die Sprache der Zukunft sprechen. Wir brauchen eine Sprache, die Zukunft hat, weil sie verstanden wird und deshalb überzeugt und wirkt.

Viel zu oft haben wir innerparteilich die Erwartungen, dass Schlüsselbegrifflichkeiten aus dem politischen Raum auch in öffentlichen Texten fallen. Die Reaktion der Menschen auf Politikspeech ist allerdings abweisend. Vielmehr sollten wir hinterfragen und leben, was moderne Politik für uns bedeutet. Auch die Frage von Hierarchien ist hierbei zu stellen. Gibt es Politik als Obrigkeit noch bzw. wird sie als solche noch akzeptiert? Sollte sie als solche verstanden werden? Welche Wege gibt es, Augenhöhe für alle Menschen im Lande mit Berufspolitik herzustellen?

Wenn die These stimmt, dass gerade Jüngere nicht wählen gehen, sich für Politik weniger interessieren und falls doch, dann zu einen hohen Prozentsatz sogenannte nichtetablierte Parteien wählen, dann müssen wir darauf auch in Stil und Methode reagieren. Warum nicht wieder den Fokus darauf legen, dass Politik ein sinnvolles Hobby, eine spannende Freizeitbeschäftigung ist, statt in den Kanon der CDU mit einzustimmen, wie schwierig doch das politische Geschäft sei? Warum nicht Wege finden, in denen auch Meinungen und Erreichtes aus Nichtgremien Gehör findet bzw. gewürdigt wird? Warum nicht auch all jenen Beteiligungsräume anbieten, denen Gremienarbeit zu staubtrocken ist? Warum dabei nicht auch die Rolle von Gremien und Ämtern hinterfragen und sie zu Anlaufstellen und Ermöglichern hin entwickeln? Warum nicht auch Quereinsteiger_innen eine Chance geben, statt die Anforderung des Hochdienens zu haben? Wenn wir eine Partei sein wollen, die miteinander auf gleicher Augenhöhe diskutiert und Politik macht, müssen wir dies auch in unseren eigenen Reihen glaubwürdig praktizieren. Ein hierarchiefreies Miteinander ist das eine, das Ernstnehmen und Fairsein das andere. Dies gilt vor allem, wenn es um frauen- und genderorientierte Themen geht. Frauen sollten im besonderen Maß gefördert und ihnen Angebote der Weiterbildung gemacht werden. Wollen wir attraktiv für neue Mitglieder sein, müssen wir dies auch für unsere eigenen Genoss_innen sein. Dies geht nur, wenn wir uns alle wohl fühlen, gehört und respektiert werden.

Unsere größte Hürde dabei ist, dass wir das eine gegen das andere stellen. Wir brauchen aber mit Blick auf Zustand und Entwicklung unserer Partei den Mut zu Beidem.

Strukturell haben wir neben den innerparteilichen Fragen der Methoden auch die dringende Aufgabe, den ländlichen Raum nicht aufzugeben bzw. zu verlieren. Neben dem Fakt, dass wir zu Wahlen auf die Stimmen im ländlichen Raum angewiesen sind und hier wieder Land gewinnen müssen – zwischen CDU – Hochburgen und einer Tendenz der Bildung von Wählerinitiativen, müssen wir für den ländlichen Raum vor allem inhaltliche Lösungen finden. Aber auch parteistrukturelle Lösungen. Derzeit haben wir in den Städten Leipzig, Dresden und teilweise Chemnitz Zulauf von Jüngeren und auch perspektivisch gefestigte Parteistrukturen. Zusätzlich gibt es mit den professionellen Stadtratsfraktionen, Stiftungsstandorten, politischen Veranstaltungen viele inhaltliche Angebote.

DIE LINKE. Sachsen

12. Landesparteitag

Im ländlichen Raum sind die Abgeordnetenbüros oder Parteibüros oft die einzigen Anlaufstellen und politische Angebote sind kaum vorhanden. Hier entsteht ein politisches und strukturelles Ungleichgewicht, welches dadurch verschärft wird, dass der Altersdurchschnitt der Parteimitglieder im ländlichen Raum höher ist als in den Städten. Für die Zukunft bedarf es also Konzepte, welche Partei im ländlichen Raum erlebbar macht mit politischen Angeboten für die Regionen. Derzeit sind die politischen Inhalte, die wir als LINKE diskutieren oftmals auf Städte gerichtet und im ländlichen Raum nicht andockfähig. Während in Städten z.B. über Konzepte des fahrscheinlosen ÖPNV diskutiert wird, geht es im ländlichen Raum darum, dass überhaupt Busse fahren und gesellschaftliches Leben möglich ist. Während es in den Städten gelingt, Angebote neben Ortsverbandstreffen zu gestalten, welche für Jüngere Anlaufpunkte sind, gelingt es in den Flächenkreisen nur mit viel Mühe und punktuell solche Anlaufpunkte dauerhaft anzubieten. Ähnlich verhält es sich mit offenen Bürostrukturen, welche in Großstädten funktionieren, im ländlichen Raum allerdings vollkommen anderes aufgebaut werden müssen. Um eine Partei für ganz Sachsen sein zu können, brauchen wir die Erfahrungen aus dem ländlichen Raum, brauchen wir die inhaltliche Debatte zu Perspektiven für die Landkreise. Hier muss die Gesamtpartei Verantwortung übernehmen – inhaltlich und finanziell.

Von uns als Partei wird erwartet, dass wir mutige Forderungen formulieren und gegen den gesellschaftlichen Mainstream bürsten. Viel zu oft lassen wir uns von bevorstehenden Wahlterminen davon abhalten, genau das zu machen. Wir brauchen wieder mehr Mut zur Vision und mehr Mut zur umstrittenen Forderung.

Es geht bei allem, was wir tun, wie wir uns strukturieren, wie wir diskutieren, um Glaubwürdigkeit. Man muss uns abnehmen, dass wir anders sind – mit aller Konsequenz.

- 1. DIE LINKE Sachsen als sozialistische Partei strebt nach der individuellen Entfaltung eines jeden Menschen frei von Gewalt, Zwängen und Abhängigkeiten.*
- 2. Die Rahmenbedingungen für diese Freiheit werden durch das Soziale geschaffen. Deshalb bilden soziale Sicherheit und Solidarität das Leitmotiv der Politik der LINKEN Sachsen auch für die kommenden Jahre.*
- 3. Die LINKE. Sachsen setzt sich ein für einen freien Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur als Grundlage für Solidarität, Empathie- und Demokratiefähigkeit.*
- 4. Ausgehend davon sind Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit Orientierungsmarken für die zukunftsorientierte Politik der sächsischen LINKEN.*
- 5. DIE LINKE Sachsen unterstützt auf allen Ebenen die vom Bundesparteitag beschlossene Kampagne „Das muss drin sein!“ entsprechend der regionalen Gegebenheiten.*
- 6. DIE LINKE Sachsen baut auf allen Ebenen die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken aus.*
- 7. DIE LINKE Sachsen tritt offensiv auf gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Rassismus, Ausgrenzung und jegliche gruppenbezogene Diskriminierung und unterstützt entsprechende Initiativen und Bündnisse und distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten.*
- 8. DIE LINKE Sachsen setzt einen Schwerpunkt der politischen Arbeit auf die Entwicklung linker Strategien, Politikansätze und Handlungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum bzw. für kleine und mittelgroße Städte.*
- 9. DIE LINKE. Sachsen diskutiert offensiv die sich aus der weiter fortschreitenden Veränderung der Mitgliederstruktur unserer Partei ergebenden Konsequenzen und erarbeitet solidarische Konzepte, um auf diese Veränderungen angemessen zu reagieren.*